*DEMOKRATISCHER *** WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 158, Samstag, 16. Dezember 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 (Lime And Land Control of Co



er Christbaum verbreitete sich im 19. Jahrhundert vom deutschen Sprachraum über die ganze Welt. Propagandamedien bezeichnen ihn nun als gefährliches Umfeld.

Immer wieder wird das Attentat auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche im Jahr 2016 herangezogen. Dabei bestehen erhebliche Zweifel daran. auf wessen »Konto« dieses Verbrechen geht. Bewiesen sind die Verstrickungen deutscher Inlandsgeheimdienste unter dem seit dem 11. September 2001 bekannten Schlagwort »War on Terror«.

Nach dem Wegfall der Konkurrenz um die Weltherrschaft zwischen den USA mit der Sowjetunion wurden mit dem »Krieg gegen Terror« seither eine wahnhafte Anzahl an Invasionskriegen ferner Länder, sogenannte »Regime Changes«, sowie Maßnahmen zur Kontrolle des Volkes umgesetzt. Milliarden und Abermillliarden gingen in einen im Grunde nutzlosen Apparat und die Rüstung.

»Die Anschlagsgefahr ist laut Verfassungsschutz so hoch wie lange nicht. Wie gut sind die Weihnachtsmärkte im Land auf die Gefahr vorbereitet?«, fragte der Propagandasender SWR anlässlich der Eröffnung unserer Weihnachtsmarktsaison. »Lücken im Sicherheitskonzept«

müssten geschlossen werden. »Straßburg setzt auf Polizeidrohnen.« Na dann, frohe Tage!

Verstehen Sie, was mit uns allen gemacht wird? – Falls nicht, ist diese Zeitung ein Angebot an Sie, sich mit Aufklärungsjournalismus auseinanderzusetzen. Das könnte Ihr Weltbild erschüttern, aber Ihnen danach ein angstfreieres, souveräneres und selbstsicheres Leben eröffnen: Ja zum Frieden!

INJEKTIONS-OPFER Düsseldorfer Arzt behandelt 200 MRNA-Geschädigte

CORONAPANIK
Huah!
Lauterbach will
weiterspritzen

SCHEINFREI DURCH MILEI Argentinien unter US-Coup: Ronja Palmer berichtet

KLIMA UNLOADED
Juraprofessor
Martin Schwab
analysiert für den DW

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW158

- Christbaum statt Todesspritze, Seite 1
- Preis der Republik für Demo-Organisator Olli, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Nichts als Verzeihen, Seite 2
- Interview mit Allgemeinmediziner Ralf Tillenburg, Seite 3
- Coronapanik: Sie ist wieder da!, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Fauler Kompromiss: Ampel einigt sich auf Haushalt,
 Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Sein letztes Konzert, Seite 6
- Demo Karlsruhe: »Ihr dürft uns nicht töten!«, Seite 7
- Oskar Lafontaine: »Es ist alles widerlegt!«, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Ernst Wolff: Der Gaza-Krieg und die Rolle des WEF, Seite 9
- Rein in die Klassenzimmer, Seite 10
- Motor Mittelstand: Politik der Wendehälse, Seite 10
- Argentinien und Javier Milei:
 Der Weg in die (Schein-)Freiheit?, Seite 11
- Was kostet der Ukraine-Beitritt zur EU?, Seite 11
- Prof. Martin Schwab: Was heißt eigentlich »den Klimawandel leugnen«?, Seiten 12, 13
- Das Letzte von Anselm Lenz, Seite 13
- Sportfotograf für Aufklärung der Spritzenmorde, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Weg mit den TV-Millionären, Seite 15
- Christen im Widerstand: Vorsätzliches und Fahrlässiges, Seite 15
- Sport mit Berthold: Investitionen statt Stillstand, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) parteiunabhängigen liberalen Opposition kritischen Intelligenz in der Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 158. Ausgabe ab Samstag, 16. Dezember 2023. | Redaktionsschluss war am 14. Dezember. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp, Chef vom Dienst: Klaus Müller, Redaktion Krieg & Frieden: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. Sportchef: Thomas Berthold. Layout und Satz: Ute Feuerstacke. Anselm Lenz. Fotoressort: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. Weitere Redaktionsmitglieder: Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. Korrektorat: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm. Moskau und Montevideo. Redaktionskooperationen: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. Verlagsvertragspartner: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. Druck: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



ran bleiben, nicht vergessen und weiter arbeiten.
Mit Olli hat die Demokratiebewegung einen neue
Top-Organisator von Versammlungen gefunden.

Wie Lesern dieser Zeitung höchstwahrscheinlich bekannt, startete die bundesweite Demokratiebewegung am 28. März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Umgehend entstand über die Internetseite nichtohneuns.de und die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand eine dezentrale Bewegung in sämtlichen Regionen unseres Landes. Seitdem gehen wir auf die Straße, organisiert von lokalen Gruppen, die Hunderte und Tausende auf die Straße brachten. Bei so vielen Köpfen: Wer kann eine zentrale Demonstration organisieren?

Im Jahr 2020 übernahm der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg diesen Posten mit seinem Stuttgarter Bündnis Querdenken. Auch noch 2021 initiierte er diese Demos gab dann aber bekannt: Jetzt muss jemand anderes diese Arbeit

machen. Und hier kam Olli. Bereits 2022 organisierte er mehrere Großdemonstrationen, unter anderem in Berlin.

Aber besonders 2023 sollte sein Jahr werden: Mit der Großdemonstration in Magdeburg am 16. September holte er Tausende auf die Straße, um dort zur Demo am Tag der Deutschen Einheit nach Berlin einzuladen, dem 3. Oktober 2023. Wieder kamen Zehntausende. Und nun die Demonstration in Karlsruhe am vergangenen Wochenende, die er mit seinem Team stemmte. Wieder kamen 10.000 Demokraten zur Veranstaltung. Wie macht er das?

Olli ist ein klarer Typ, ein Macher. Er zieht die Dinge durch. Kein Scheiß, kein Ideologiegefasel, kein Distanzierungsmist. Gibt es Probleme, werden sie angesprochen und geklärt. Hauptsache, es rockt und das tut es bei Olli. Wir ziehen den Hut vor ihm, dass er in diesem Jahr so viele Menschen auf die Straße bringen konnte. 2023 war sein Jahr. Wir freuen uns auf das nächste. Dafür gebührt ihm Anerkennung, Dank und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ORGANISATOR OLLI L. . DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEI-TUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minai, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye,

Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert., Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64 Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung



DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE:

Nichts als Verzeihen

EINWURF von Werner Köhne

n einer der jüngsten Ausgaben der Wochenzeitung Zeit kündigt man auf der Frontseite ein besonderes Titelthema an: Es geht um die Fähigkeit, verzeihen zu können. Illustriert wird es durch ein entsprechendes Foto: Zwei Menschen umarmen sich innig.

Natürlich werde ich mir die Lektüre dieser Zeit-Posse nicht antun – schon allein in der Ahnung, dass auf diese Weise eine quälende Coronaerzählung ein besänftigendes Ende finden soll und man endlich wieder die Deutungshoheit im Diskurs um das Wahre und Humane zurückzugewinnen glaubt. Wer denkt da nicht an die frühe Sentenz von Jens Spahn: »Wir werden einander verzeihen müssen«. Inzwischen ist diese pastorale Eingebung zum geflügelten Wort herangereift, das rückblickend mehrere Deutungen zulässt. Wollte man sich so für später absichern oder schon damals auf einen schicksalhaften Gemeinsinn einschwören, der womöglich auch uns zur Vergebung auffordert?

Derlei war zu erwarten, zumal der Konflikt zwischen der Hamas und Israel das Thema »Verzeihen können« ohnehin auf die aktuelle Tagesordnung brachte. Nein, noch einmal: Den Rotz einer *Zeit*-Lektüre werde ich mir nicht antun.

Ich lese nun seit Jahr und Tag keinen Spiegel mehr, keine Zeit, keine Süddeutsche - überhaupt kein Blatt mehr, in dem fast jeder Gedanke zum Hintergedanken ausartet und Moral zur Doppelmoral verkümmert. Wenn ich mir dann auch noch das Gesicht des Chefredakteurs Giovanni di Lorenzo vorstelle, auf dem sich ein etwas ermüdeter jungenhafter Charme mit der Anmutung von Seriosität verbindet, wird mir das ganze heuchlerische Ausmaß des Themas »Verzeihen können« bewusst: Hier soll eine tief gespaltene Gesellschaft wieder zueinander finden – ein Appell, der besonders an die Leser der Zeit, also die gehobene akademische Mittelschicht, gerichtet ist. Kommt man doch – frei nach Pierre Bourdieu - aus demselben Stall, teilt dieselben Gewohnheiten; genug Gemeinsamkeiten also, um die Wunde Corona - vornehmlich die eigene – heilen zu können.

Allerdings steht dieser hehren Absicht eine Politik des »Sich-Durchwurschtelns« entgegen, die jeglichen Versuch einer charakterlichen Läuterung zunichte macht. Womöglich gar schmutzige Gefühle her-

vorruft. Nein! Der Zivilisationsbruch, begangen vor Jahren von fragwürdigen Eliten, lässt eine Trivialisierung von Schuld, Sühne und Verzeihen nicht zu.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro-Ben Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

»WIR STEUERN AUF EINE KATASTROPHE ZU«

Allgemeinmediziner Ralf Tillenburg behandelt in seiner Düsseldorfer Praxis derzeit bis zu 200 Genimpfungsopfer. Er rechnet aufgrund der Injektionen mit schlimmen Krankheitswellen in den kommenden Jahren | Interview von Klaus Müller

DW: Herr Tillenburg, Sie gehören zu den wenigen mutigen Ärzten, die von Anfang an auf die massiven Gefahren der Genimpfung hingewiesen haben. Sie hätten es einfacher haben und mit der Masse schwimmen können. Warum kam das für Sie nicht infrage? Ralf Tillenburg: Weil ich nicht lügen und den Patienten ein Präparat verkaufen kann, von dem ich überzeugt bin, dass es ihnen schadet. Für die Zulassung der Genimpfung hat Pfizer mehrere Tricks angewandt, um die Daten zu beschönigen. Das ist alles längst belegt. Man wusste von Anfang an, dass es sehr viele Nebenwirkungen und Todesfälle geben wird.

DW: Die hat man bewusst in Kauf genommen?

R.T.: Ja, für mich ist es ein riesiger Medizinskandal, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich war der Schulmedizin gegenüber schon immer etwas kritisch eingestellt. Aber mein Blick auf die Medizin hat sich nochmals völlig verändert. Als es mit Corona losging, war mir sofort klar: Hier ist was faul. Ich fing an, selbst zu recherchieren und habe bis heute mehr als 1.000 Studien gelesen.

DW: Welche Folgen hatte es für Sie, dass Sie sich gegen den Strom gestellt haben?

R.T.: Die Ärztekammer ermittelte gegen mich, drohte, mir meine Approbation zu entziehen. Die Behörden belegten mich nach einer Praxisbegehung 2020 mit einer Ordnungsstrafe von 3.000 Euro, weil ich keine Maske getragen hatte, und 2021 mit einer weiteren Ordnungsstrafe in Höhe von 1.000 Euro, weil ich meine ungeimpften Mitarbeiter nicht gemeldet hatte. Ich bin dagegen vorgegangen, habe die Verfahren gewonnen und musste gar nichts zahlen. Der Ärztekammer schrieb ich einen langen wissenschaftlichen Brief, dem ich mehrere Studien beifügte. Die haben sich seitdem nie mehr bei mir gemeldet.

DW: Sie haben sich inzwischen auf die Behandlung von Genimpfschäden spezialisiert. Der Andrang ist sicher groß, oder?

R.T.: Neben meiner eigentlichen Tätigkeit als Hausarzt betreue ich derzeit 170 bis 200 Impfopfer in meiner Praxis, Tendenz steigend. Die Menschen kommen aus ganz Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg. Die Wartezeit für die Patienten beträgt mittlerweile sechs Monate.

DW: Mit welchen Injektionsschäden haben Sie es zu tun?

R.T.: Die Menschen haben teilweise Krankheitsbilder, die ich vor der Genimpfung noch nie gesehen habe. Viele meiner impfgeschädigten Patienten leiden unter Gehirnnebel. Sie haben ihr Kurzzeitgedächtnis verloren. Am Ende eines Gesprächs erklären sie mir, dass sie sich nicht mehr daran erinnern können, was ich vor 20 Minuten gesagt habe. Andere Menschen leiden zum Beispiel unter chronischer Schwäche oder unerträglichen brennenden Schmerzen am ganzen Körper. Es ist echt grausam. Das Problem ist, dass die in den Zellen gebildeten Spikes eine Immunreaktion auslösen, infolgedessen die Zellen aber nicht nur die Spikes angreifen, sondern eben auch körpereigenes Gewebe, was zu den diversen Krankheitsbildern führt.

DW: Rechnen Sie bedingt durch die Geninjektionen mit weiteren Krankheitswellen, die möglicherweise erst in einigen Jahren auftreten?

R.T.: Ja, ich befürchte, das wird so kommen. Ich erlebe Patienten, bei denen sich die Nebenwirkungen der Genimpfung erst eineinhalb Jahre später bemerkbar gemacht haben. Ich gehe davon aus, dass es viele Menschen geben wird, bei denen dies erst nach zwei, drei oder fünf Jahren passieren wird. Wir steuern auf eine große Katastrophe zu. Ich rechne zum Beispiel mit einer massiven Zunahme von Krebs- bzw.

Turbokrebserkrankungen. Ich habe Patienten, die haben zwei Jahre nach der Genimpfung nicht nur die *Spikes* noch im Körper, sogar der Impfstoff lässt sich noch nachweisen.

DW: Wo setzen Sie bei Ihrer Therapie an?

R.T.: Die Schulmedizin hilft kaum weiter. Es gibt ein paar Arzneistoffe, die in Einzelfällen helfen können. Dazu gehört zum Beispiel das HIV-Therapeutikum Maraviroc. Dieses kostet im Monat jedoch rund 1.000 Euro und wird nicht von der Krankenkasse bezahlt. Aber es gibt viele Nahrungsergänzungsmittel, die sehr wirksam sein können, was auch durch Studien belegt ist. Ein Beispiel dafür ist etwa Curcumin.

DW: Mit derartigen Mitteln können Sie den Patienten helfen?

R.T.: Vielen, aber leider nicht allen. 50 Prozent der Patienten erfahren eine deutliche Besserung der Symptome, bei 25 Prozent ändert sich nichts und bei weiteren 25 Prozent verschlechtert sich der gesundheitliche Zustand sogar weiter.

DW: Glauben Sie, dass das Corona-Thema nochmals heiß wird?

R.T.: Die Politik wird weiterhin versuchen, uns in Panik zu versetzen. Ich denke, in Sachen Corona wird sich der Großteil der Bevölkerung nicht mehr hinters Licht führen lassen. Deshalb rechne ich mit einem neuen Erreger.

DW: Gibt es etwas, das Sie aus heutiger Sicht bereuen?

R.T.: Die vergangenen vier Jahre haben Spuren hinterlassen, mich aber auch weiser und stärker gemacht. Ich würde wieder alles genauso machen – bis auf eine Sache: Bei künftigen Pandemien werde ich keine Befreiungsatteste mehr ausstellen. Viele Menschen haben sich hinter uns mutigen Ärzten versteckt, weil sie sich selbst nicht Trotz seiner 68 Jahre ist der Ruhestand für Ralf Tillenburg kein Thema: »Mir macht die Arbeit so viel Spaß, dass ich daran keinen Gedanken verschwende.« Dafür sind ihm viele Impfgeschädigte, die teilweise mehrere hundert Kilometer Anreise in Kauf nehmen, sehr

getraut haben zu sagen, dass sie keine Maske tragen und sich nicht impfen lassen wollen. Als man dann meine Berufskollegen ins Gefängnis sperrte, standen nur sehr wenige dieser Patienten hinter ihnen, was ich sehr enttäuschend fand. Ich halte gerne meinen Kopf für die Wahrheit hin, aber nicht für Menschen ohne Mut.

DW: Herr Tillenburg, wir danken Ihnen für das Gespräch.

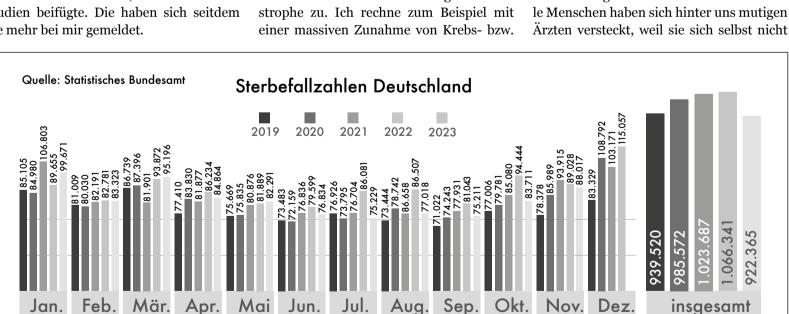
MELDUNG

IMMER MEHR KRANKENSTÄNDE IN HOCHGEIMPFTEN BERUFSGRUPPEN

Berlin/DW. In vielen Berufen wurden Mitarbeiter zur Corona-Injektion gezwungen, in diesen machen sich nun deutlich erhöhte Krankenstände bemerkbar. »In Krankenhäusern immer mehr Coronapatienten und Personalausfälle«, titelte aerzteblatt. de am 4. Dezember. Laut Gerald Gaß, Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), erleben die Kliniken »einen spürbaren Anstieg an Patienten mit Atemwegserkrankungen«. Während in normalen Zeiten acht Prozent der Belegschaft fehlten, seien es inzwischen zehn bis zwölf Prozent. Dies stelle die Kliniken vor große Herausforderungen. Diese Probleme haben renommierte Ärzte und Wissenschaftler kommen sehen, denn die mRNA-Injektionen schädigen das Immunsystem. Der Wissenschaftsblog tkp.at berichtete vor kurzem auch über vermehrt auftretende Herzprobleme und Todesfälle bei Piloten. (kmü)

BERICHT ÜBER HERZPROBLEME IM RADSPORT

Köln/DW. Der Nachrichtensender *NTV* berichtete am 11. Dezember auf seiner Internetseite über eine gehäufte Anzahl von Herzproblemen im Radsport. Allein in diesem Jahr mussten fünf Profis mit »teilweise gravierenden Herzproblemen ihre Karriere beenden«. Eine Erklärung für die Häufung der Erkrankungen wird in dem Artikel nicht genannt, spekuliert wird aber, ob die körperliche Belastung zu hoch sei. In früheren Jahren waren die Anforderungen an die Fahrer allerdings nicht geringer. (kmü)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

SIE IST WIEDER DA!

Der Bundesgesundheitsminister schwelgt vorweihnachtlich in Coronapanik | Von Hendrik Sodenkamp

arl Lauterbach warnt. In der vergangenen Ausgabe des Konzern-Blattes Bild Sonntag meldete sich der Bundesgesundheitsminister mit seinem Steckenpferd erneut zu Wort: Corona sei wieder auf dem Vormarsch.

Erneut würden Ärzte häufiger Covid-Diagnosen stellen. Wir lägen demnach wieder bei 250 für 100.000 Einwohner – das Gespenst der 7-Tage-Inzidenz lässt grüßen. Außerdem würde im sogenannten Abwassermonitoring (Regierungsbeamte steigen in die Kanalisation und testen die Kloake) eine steigende »Viruslast« festgestellt werden. Karl Lauterbach zieht deshalb den Schluss, die Maske solle wieder getragen werden, vor allem in Bus und Bahn, wir sollten uns ins Homeoffice zurückziehen -»lieber im *Homeoffice* bleiben, als die Bürogesellschaft zu genießen«, O-Ton K. Lauterbach – und am besten keine großen Feiern im Innenraum besuchen.

Anders als noch vor wenigen Jahren melden nun aber auch Regierungs- und Konzernmedien Worte des Widerspruchs. So gab der Chef des Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Gassen am 13. Dezember 2023 einer Vielzahl von Medi-



en zu Protokoll, dass er die »Warnungen Diese Demonstrantin lässt sich nicht von Pharmalobbyist Karl Lauterbach hinters Licht führen. Foto: DW/Georgi Belickin

und Appelle« des Bundesgesundheits ministers »in ihrer Dringlichkeit für überzogen« halte. Außerdem äußerte er Kritik an den sogenannten Corona-Impfstoffen, verpackt als Sorge um die abnehmende Impfbereitschaft: »Als die Corona-Impfstoffe kamen, wurden Sorgen über deren Sicherheit und Verträglichkeit von Medizinern und Politikern weggewischt. Dabei gab und gibt es natürlich Impfschäden«, um dann jedoch pflichtbewusst hinzuzufügen: »Impfschäden bei einzelnen Personen, die genau wie Long-Covid-Fälle zum Gesamtbild gehören.« Auch andere Personen meldeten sich zu Wort, um gegen die erneute Panikmache des Bundesgesundheitsministers das Wort zu ergreifen. Nach neuen »Maßnahmen« sieht es derzeit also nicht aus.

DIE INZIDENZ **IST EIN GESPENST**

Tatsächlich hat das nostalgisch anmutende Warnen Lauterbachs etwas Gutes: Wenn man feststellt, dass die sogenannte 7-Tage-Inzidenz nun tatsächlich so hoch ist wie in den Corona-Schreckensjahren, müsste selbst dem letzten Menschen einleuchten, dass auch damals nichts Besonderes zu sehen war. Der rosa Elefant im Raum sind derzeit die Impfschäden. Bis zum 4. Dezember 2023 wurden 28.474 Todesfälle von »einzelnen Personen« und 658.854 schwerwiegende Nebenwirkungen bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA gemeldet. Kinder sind mit 16.149 schwerwiegenden Nebenwirkungen vertreten. Man geht von einer massiven Untererfassung aus. – Über das Ausmaß der Schäden wollen die Konzern- und Regierungsmedien schlicht nicht reden.

Corona-Warnung aus der Kloake

... und Habecks Frau verängstigt Kinder – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

ganz neue Worte im ÖRR. **Moderatorin Jessy Wellmer** fragte in den Tagesthemen am 11. Dezember doch tatsächlich ihre Kollegin Kristin Joachim, wie die »Regierung die politische Spaltung im Land, die es ja gibt, überwinden« wolle. Und Joachim antwortete: »Ein Mittel könnte sein [...] die öffentlichrechtlichen Medien zu reformieren, Dass die AfD im Osten der Republik immer neu aufzustellen, also wieder unabhängig zu machen, wieder ausgewogen berichten zu lassen [...]«

Von einem Propaganda-Organ der Regierung war die Rede: »Es wurden jeden Abend Lügen, Unwahrheiten, Hass und Hetze gegenüber Minderheiten, gegenüber der Opposition verbreitet. Und all das hat dazu geführt [...] warum die Gesellschaft hier im Land so gespalten ist.« Unfassbare Worte, denn so viel Ehrlichkeit und Einsicht kann man von den Staatsmedien unseres Landes natürlich nicht erwarten. Dementsprechend ging es im Beitrag auch nicht um Deutschland, sondern um Polen. Machen wir uns nichts vor: Der ÖRR ist in unserem Land nicht mehr reformierbar. Dafür sind der angerichtete Schaden und der Vertrauensverlust einfach zu groß. Dass die ARD allerdings die öffentlich-rechtlichen Medien Polens kritisiert, ist aber doch irgendwie amüsant. Nennt man wohl Realsatire.

Derweil wurde Kanzler Olaf Scholz am vergangenen Wochenende auf dem SPD-Parteitag kräftig abgefeiert. Mich erinnerten

iebe Leser, das sind aber mal die Jubelarien seiner Parteigenossen sofort an den Untergang der Titanic: Dort musizierte das Orchester bekanntlich auch noch beim Untergehen. In Teilen Ostdeutschlands ist die SPD bereits so gut wie untergegangen. Bei der Landtagswahl in Sachsen 2024 könnte sie sogar an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Spätestens dann läuft sie dort schon mal unter »Sonstige«. Bravo!

> beliebter wird, bleibt den Altparteien natürlich nicht verborgen. Am 24. Oktober ist die AfD in Sachsen-Anhalt in Umfragen an der CDU vorbeigezogen. Zwei Wochen später wurde sie plötzlich als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. In Sachsen dasselbe Spiel: In Umfragen am 4. Dezember zog sie mit der CDU gleich, ehe sie am 8. Dezember vom Landesverfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft wurde. Nachtigall, ick hör dir trapsen. Was ich nicht verstehe: Laut Gutachten sei das Ziel der Partei, das Vertrauen in die Demokratie zu untergraben. Haben dafür nicht längst Ampelparteien und CDU/CSU gesorgt? Und warum gelten diese immer noch nicht als »gesichert linksextremistisch«?

> Die Frau von Robert Habeck, Andrea Paluch, ist bekanntlich auch eine Märchenerzählerin. Sie macht jetzt Kindern Angst - mit Ihrem Buch »Die besten Weltuntergänge« - und findet das auch noch völlig in Ordnung. Laut Verlag richtet sich der Worstseller an Kinder ab acht Jahren. Vermutlich an alle Kinder, die bedingt durch die irrsinnige Corona-Politik noch nicht genug gestört sind. Die



Demonstranten machen eine klare Ansage: Giftspritze? Nein, danke!

jungen Leser sollen mit Klima-Hysterie und Virus-Panik verschreckt werden und dabei selbst noch Freude empfinden, schließlich seien Weltuntergänge »super spannend« und die Kinder »ja mit dem Wort Krise im Grunde geboren, die kennen das ja gar nicht mehr anders«, so Habecks Frau. Die Rezensionen auf den Online-Verkaufsplattformen sind eindeutig: Mal ist dort von »Schande« die Rede, mal von »Schwachsinn«, viele benutzen auch Wörter wie »krank« oder »gestört«. Dem ist nichts hinzuzufügen.

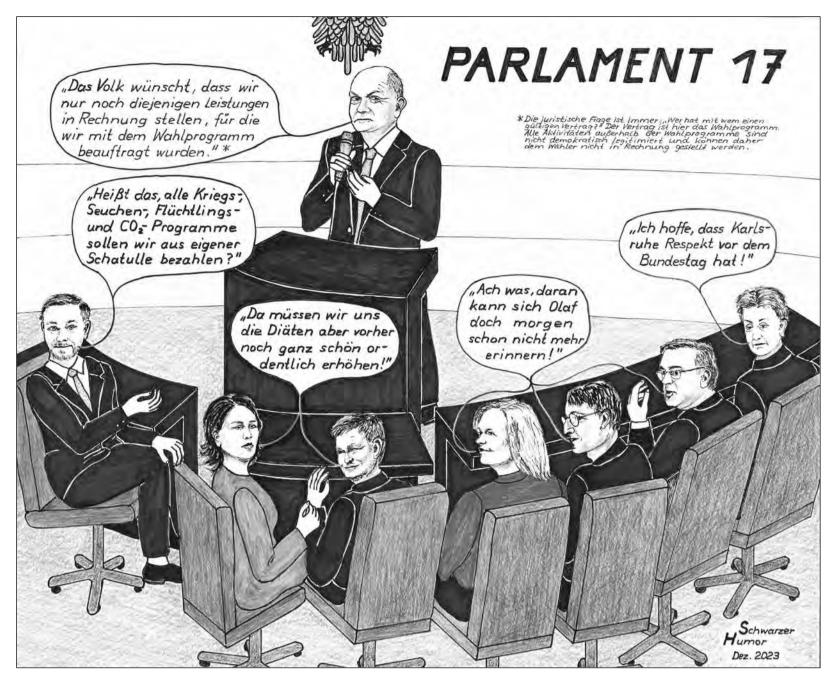
Ziemlich gestört ist auch der Versuch, uns die Maske erneut schmackhaft zu machen. Karl

Lauterbach empfiehlt, in Bus und Bahn wieder Maske zu tragen. Zudem solle auf größere Weihnachtsfeiern in Innenräumen verzichtet werden. »Die Maske ist zurück«, jubelt dann sogleich die Bild-Zeitung am 10. Dezember über das Ergebnis ihrer Umfrage. Demnach wollen 38 Prozent der Menschen in Deutschland in diesem Winter »zumindest gelegentlich« wieder den Sabberlappen aufsetzen. Ich glaube nicht, dass die Zahl der angstgestörten Menschen in diesem Land so hoch ist. Aber wir werden es sehen. Lauterbach wirbt zudem einmal mehr für die Giftspritzen. Es heißt, zu wenige Menschen seien gut genug geimpft. Hmh, was ist damit wohl gemeint? Krass auch, womit das Gesundheitsministerium die vermeintliche Sorge begründet: Das sogenannte Pandemieradar des Ministeriums habe in den vergangenen Wochen eine stark steigende Viruslast im Abwasser festgestellt. Hoffen wir mal, dass sie nicht bald auch noch unsere Mülltonnen durchwühlen.

Die Kloake warnt uns also vor der nächsten Coronawelle. Und laut Bild wurde in Japan inzwischen ein neuer »Super-Impfstoff« gegen Corona zugelassen, der die »Impfwirkung besonders lange aufrechterhalten soll«. Ist hier etwa von langfristigen Spritzschäden die Rede? Die gibt es doch schon en masse. Ich weiß nicht, wie Sie es halten, liebe Leser. Aber ich beherzige lieber die Titelzeile dieser DW-Ausgabe: »Christbaum statt Todesspritze«.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



FAULER KOMPROMISS: AMPEL EINIGT SICH AUF HAUSHALT

Bürger müssen erneut Unfähigkeit der Regierung ausbaden | Von Klaus Müller

undeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben sich auf einen neuen Haushalt für 2024 geeinigt. Wie nicht anders zu erwarten war, sollen die Bürger den Schuldenhaushalt der Regierung finanzieren. Es bleibt also alles beim Alten: Die Ampel macht arm! Sogar Konzernmedien wie die Bild resümieren: »Sie tricksen einfach weiter!« Die vermeintliche Haushalts-Einigung zeige nur eins: »Sie können es einfach nicht.«

Am Mittwochmittag stellten die Ampelchefs ihre Pläne vor, wie die Haushaltslücke in Höhe von 17 Milliarden Euro geschlossen werden soll. Diese sehen vor allem einen höheren CO2-Preis und den Abbau umweltschädlicher Subventionen vor. Demnach soll die CO2-Abgabe deutlich und stärker als ursprünglich geplant steigen – ab 2024 von derzeit 35 Euro pro Tonne auf 45 Euro und 2025 um weitere 10 Euro pro Tonne. Die Folge: Heizen und Autofahren wird dadurch deutlich teurer, aufgrund der weiter steigenden Transportkosten aber u. a. auch Lebensmittel. Zudem wird eine Steuer für Plastikverpackungen eingeführt. Auch hier wird der Handel die Kosten wahrscheinlich an die Verbraucher weitergeben. Laut Scholz solle an den Schuldenregeln festgehalten werden. Aber man werde die Ukraine weiter unterstützen. Sollte sich die Situation durch Russlands Angriffskrieg verschärfen, »werde man darauf reagieren müssen«, sagte Scholz und verwies auf Artikel 115 des

undeskanzler Olaf Scholz Grundgesetzes, in dem die temporäre Aus (SPD), Wirtschaftsminister setzung der Schuldenbremse im Fall von
 Robert Habeck (Grüne) und Notlagen geregelt ist.

Friedrich Merz (CDU) sprach nach der Erklärung von Scholz im Bundestag davon, dass die Ampel eine »Quadratur des Kreises« versucht habe und von »Trickserei«. Er sei sich sicher: Die Ampel werde die Schuldenbremse spätestens Mitte 2024 nicht mehr einhalten. Dann müsse man neue Schulden aufnehmen, weil es unvorhersehbare Entwicklungen in der Ukraine geben werde. So unvorhersehbar, dass Scholz sie »bereits jetzt« ankündigt, blies Tino Chrupalla ins selbe Horn. Der AfD-Vorsitzende erklärte, der Wirtschaftsstandort Deutschland werde durch die CO2-Erhöhung »noch unattraktiver« und »weiter ruiniert« sowie die Inflation zunehmend »angeheizt«. Er forderte einen Kassensturz zum Wohle der Bürger mit der Konsequenz, dass unnötige Ausgaben gestrichen werden, womit er beispielsweise sechs Milliarden Bürgergeld für 700.000 Ukrainer meinte und weitere 17 Milliarden Euro für Waffenlieferungen bis 2027. Chrupalla betonte, die Politik der Ampel führe »offenen Auges in die Sackgasse« und sie schaffe in Form des Bürgergeldes »einseitige Abhängigkeiten«.

Britta Haßelmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sagte, die Kritik von Merz am Haushaltskompromiss könne nicht ernstgenommen werden, weil er die Einzelheiten noch nicht kenne. Sie sprach sich für eine »Reform« der Schuldenbremse aus und appellierte, im Ukrainekonflikt dürfe man jetzt keine »Kriegsmüdigkeit« zulassen. Tino Chrupalla bezeichnete ihre Worte als »Kriegsrede«. Johannes Vogel, parlamentarischer FDP-Geschäftsführer, lobte die Haushaltseinigung, während Linken-Politiker Dietmer Bartsch weiter »Unsicherheiten« beklagte.

Klare Worte zur Arbeit der Ampel fand bereits am 1. Dezember der fraktionslose Robert Farle im Bundestag. Beim vorgelegten Nachtragshaushalt für 2023 sprach er hinsichtlich der Schuldenregel von einem »erneuten Verfassungsbruch«. Farle, der einst Funktionär der von der DDR finanzierten DKP war und vor einem Monat seinen Austritt aus der AfD erklärt hatte, sagte, auf den ersten 14 Seiten des Nachtragshaushalts werde acht Mal angeführt, dass es sich nur dann um eine Notsituation handele, wenn diese sich der Kontrolle des Staates entziehe. »Allerdings treffe dieser Tatbestand in keiner Weise auf die Gasund Energiepreiskrise zu.« Man könne nicht für alles Putin verantwortlich machen, zumal eine Röhre von Nord Stream 2 intakt sei. Auf seiner Facebookseite schob er hinterher: »Sämtliche Notsituationen, unter denen die Deutschen derzeit zu leiden haben, sind allesamt von der Bundesregierung selbst verursacht und könnten, sofern der politische Wille dazu bestünde, in Windeseile beseitigt werden. Doch das tut die Ampel-Koalition nicht, sondern bricht stattdessen lieber das Grundgesetz, weil die verantwortlichen Politiker wissen, dass es aktuell keine rechtliche Möglichkeit gibt, sie für ihre Taten strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.«

Übrigens: Haushaltsexperten der FDP hegen laut *Bild* bereits »arge Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Einigung«. Fortsetzung folgt ...

MELDUNG

LUXUS-RESIDENZ FÜR BAERBOCK & CO

Berlin/Brüssel/DW. Man gönnt sich ja sonst nichts! Das Auswärtige Amt hat in Brüssel eine Luxus-Residenz für acht Millionen Euro erworben. Dabei handelt es sich um einen 15.000 Quadratmeter großen Park mit Luxusgebäude, Innenschwimmbad und Tennisplatz. Der Bundesrechnungshof kritisiert den Erwerb scharf. Das Auswärtige Amt habe »weder den Bedarf für den Kauf nachgewiesen noch hat es Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet«, so der Bundesrechnungshof. »Das Auswärtige Amt missachtet seit Jahren die rechtlichen Vorgaben.« Doch das von Außenministern Annalena Baerbock (Grüne) geführte Ministerium beharrt darauf, das Anwesen zu behalten. (kmü)

REGIERUNG IN HESSEN STEHT

Wiesbaden/DW. Mehr als zwei Monate nach der Landtagswahl haben sich CDU und SPD in Hessen auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag geeinigt. Der 184 Seiten umfassende Entwurf steht unter dem Motto »Eine für alle« und könnte wegweisend sein für ein mögliches Bündnis auf Bundesebene. Die CDU erhält acht Ministerien inklusive der Staatskanzlei, die SPD drei. Das Programm unter der Führung von CDU-Ministerpräsident Boris Rhein sieht unter anderem ein Investitionsprogramm für Kitas und eine restriktivere Migrationspolitik vor. Zudem soll ab dem 16. Januar 2024 ein Gender-Verbot in der öffentlichen Verwaltung sowie in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen (unter anderem Schulen, Universitäten) gelten. (kmü)

SPD WILL SUPERREICHEN Ans Vermögen

Berlin/DW. Der SPD will laut ihres auf ihrem Parteitag am vergangenen Wochenende verabschiedeten Leitantrags, »dass diejenigen, die über die höchsten Vermögen in unserem Land verfügen, zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe leisten«. Derweil wurde nach Recherchen des *ZDF* bekannt, dass eine Top-Beamtin aus dem Bundesfinanzministerium, Ministerialrätin Gerda Hofmann, Superreichen beim Steuersparen hilft. Das von der FDP geführte Ministerium prüfe bereits Konsequenzen. (kmü)

REGIERUNG WILL GEGEN EINSAMKEIT VORGEHEN

Berlin/DW. Mit ihren irrsinnigen Corona-Maßnahmen sorgte die Bundesregierung für eine Vereinsamung vieler Menschen. Nun gibt sie an, dagegen vorgehen zu wollen. Vor allem junge und sehr alte Menschen seien betroffen. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) sieht darin ein »deutliches und massives Problem für die Demokratie«. Das Kabinett beschloss deshalb nun eine Strategie mit 111 Maßnahmen wie Aktionswochen, vermehrte Freizeitangebote und schnellere Hilfe bei psychischen Problemen. (kmü)

Demokratiebewegung



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2 DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorgriberg • Rundfunkplatz 1 DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8 HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132 HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1 HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22 HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46 KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3 KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1 LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5 PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20 SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt SCHÄRDING - A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61 SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz WEILHEIM: Freitag 17.00 • Weilheimer Tagblatt • Kirchplatz, Friedensdemo WIESBADEN: Samstaa 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz ZELTWEG - A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr. am Rathaus - APOLDA. 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz - BAD LOBEN-STEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLS-HORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke - BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 - BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus -CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARM-STADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz -DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck - DÜN-WALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung - EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus - KAL-TENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTER-HAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUEN-BERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz - ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz - OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle - SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus -WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!

ÜBER 700 MOTIVE! GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

EMATERMINE DED VEDEACCHNACHEWEGHNA

DEMOTERMINE	DER VERFASSUNGSBEV	VEGUNG
Sa, 16.12.2023 17-20 Uhr	uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltu Augsburg, Ladehofstraße Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	ingwaemokratiscnerwiaerstana.ae Umzug Autokorso
Sa, 16.12.2023 11-16:50 Uhr Sa, 16.12.2023 11-14 Uhr Sa, 16.12.2023 15-18 Uhr	Celle, Neumarkt Eberbach, Leopoldsplatz	Umzug und Kundgebung Zusammenkunft
Sa, 16.12.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 16.12.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 16.12.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 16.12.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.12.2023 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 16.12.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 17.12.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 18.12.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Amberg, Am Markt Anger/Oberbayern, Dorfplatz Averbyer, weekselade Startswalds (lift schwalan de)	Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18.20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18.20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 18.12.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee-am-Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 18.12.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 18.12.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
	Heidelberg, am Bismarckdenkmal Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-19:30 Uhr Mo, 18.12.2023 18:30-20:30 Uhr Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Jülich, Marktplatz Kaiserslautern, Innenstadt Kanthara Avenstinanslate	Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
	Magdeburg, Domplatz Mannheim, Ehrenhof des Schlosses Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Demo Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt Oranienburg, Schloßplatz Pforeboine Marktalate	Spaziergang Kundgebung
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 18.12.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:45 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz Stralsund, Olof-Palme-Platz	Montagsdemo Kundgebung und Aufzug
	Sulz am Neckar, Marktplatz Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
	Weimar, Theaterplatz Werder(Havel), Plantagenplatz	Demo Spaziergang
	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche Wismar, Markt	Demo Versammlung
Mo, 18.12.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.12.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Di, 19.12.2023 18-21 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz Bernau bei Berlin, Rathaus Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Demo und Kundgebung Spaziergang Spaziergang
Di, 19.12.2023 18-20 Uhr Di, 19.12.2023 18-20 Uhr Di, 19.12.2023 19-21 Uhr	Varel, Rathaus Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergung Spaziergung Spaziergung
Di, 19.12.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 17.12.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 20.12.2023 17-19 Uhr Mi, 20.12.2023 19-21 Uhr	Landshut, Martinikirche Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Andacht Demo
Mi, 20.12.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 20.12.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 20.12.2023 18-19:30 Uhr Mi, 20.12.2023 19-20:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule Oberskischen, am Marktaletz	Tretten Spaziergang Demo
Mi, 20.12.2023 18-20 Uhr Mi, 20.12.2023 19-20:30 Uhr Mi, 20.12.2023 18-21 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Spaziergang Kundgebung
Do, 21.12.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 21.12.2023 18-21 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 21.12.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke MvRichthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 21.12.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 21.12.2023 15-18 Uhr Do, 21.12.2023 17:30-19 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8 Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 21.12.2023 18:30-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus Landsberg/Saalekreis, Markt Postock, Brunnpan der Labonefroude	Spaziergang Spaziergang Kundashung
Do, 21.12.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 21.12.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 22.12.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
	Augsburg, Ladehofstraße Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug Demo und Umzug
Sa, 23.12.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.12.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 23.12.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 23.12.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.12.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 23.12.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo. 1.1.2024 17-20 Uhr	Darmstadt Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 1.1.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 3.1.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Manager 1 to 1 to 1 to 1		Alacka musida water utula a a sul

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden. Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



SEIN LETZTES KONZERT

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Am 21. Dezember 2014 starb Udo Jürgens. Zwei Wochen zuvor hatte er, was damals nicht zu ahnen war, sein letztes Konzert in Zürich gegeben. Neben hinlänglich bekannten Klassikern sang er auch nachdenklich machende Lieder. Vornehmlich ging es dabei um Appelle zur Aufrichtigkeit, Wachsamkeit, zum eigenständigen Denken und Handeln sowie zur Menschlichkeit. Das alles verband er mit Aspekten über Freiheit und die Gefahren ihrer Einengung.

In Gedenken an diesen außergewöhnlichen Künstler und viele seiner Botschaften möchte ich ein paar Passagen aus einigen seiner Liedtexte wiedergeben:

»Lachen gegen den Ernst – Wehe, wenn du verlernst, Kontra zu geben! Leben gegen den Tod – Trotz als tägliches Brot zum Überleben! Gegensätze in Einklang zu bringen in einer Sprache, die jeder versteht. Deine Stimme erheben und singen – Um die Gleichgültigkeit zu bezwingen. Immer, immer wieder: Die Welt braucht Lieder!

Lass die Herzen regieren, und die Fäuste verlier'n, lass den Menschen die Freiheit, zu irren und zu versteh'n. Und lass alles aus Liebe gescheh'n. Lass die Mächtigen wissen, dass sie niemals hinter uns steh'n. Lass die Erde in Frieden sich dreh'n, und nicht im Streit. Mach alle Hetzer und Krieger nie mehr zum Sieger. Lass den Zweiflern die Fragen, gib den Klugen das Sagen. Lass die Hoffnung am Leben. Lass uns aufrecht in neue Zeiten geh'n. Und lass alles aus Liebe gescheh'n. Wir sind so lieb und so Internet, man hört uns zu am Telefon, Du hast deine Mail noch nicht verschickt, da lesen sie die ander'n schon. Die Welt im Apple- und iPhone-Wahn, und Rechner wissen mehr als wir. Sie sind gnadenlos auf der Datenspur. Wo du auch bist, sie folgen dir. Zur Sicherheit Lauschangriff. Wir werden voll überwacht. BND, NSA. Wir alle stehen unter Generalverdacht. Der gläserne Mensch, gefangen im Netz, Geheimdienste fiebern im Sammelrausch. Und das Netz vergisst dich nie.

Ich bin dafür, dass statt der Automaten erst mal die Menschen Arbeit finden hier. Und dass man Brot erzeugt statt Handgranaten. Ich bin dafür, dass Widerspruch erlaubt ist, ich halte ihn sogar für eine Pflicht. Ich bin dafür, dass nicht einmal ein Kind mehr auch nur im Spiel mit Plastikpanzern schießt. Ich bin dafür, dass wir als Menschen leben und nicht als stummes, braves Herdentier, dass wir nicht kriechen, dass wir uns erheben.«

Orientierung in einer herausfordernden Zeit kann uns auch die Musik geben. Udo Jürgens hat uns diesbezüglich besonders mit seinem letzten Konzert ein Signal für Mut hinterlassen.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Rechtsanwalt Ralf Ludwig (1.), Unternehmer Dr. Wolfgang Kochanek (M.) und weitere Demokraten machten in Karlsruhe dem Spritzenregime eine klare Ansage. Foto: DW/Georgi Belickin

»IHR DÜRFT UNS NICHT TÖTEN!«

Über die Demonstration in Karlsruhe am vergangenen Wochenende | Von Ronja Kautzinger

m Sonntag, den 10.Dezember 2023, fand in Karlsruhe auf dem Platz der Menschenrechte eine Großdemonstration statt. Rund 10.000 Menschen nahmen an ihr teil. Mittelpunkt dieser Veranstaltung war die Einreichung der Strafanzeigen gegen 568 Bundestagsabgeordnete und 15 Personen aus dem Bundesrat, die vor genau zwei Jahren für die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht gestimmt hatten.

Eine Strafanzeige erhielten auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) sowie acht Richter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts. Ersterer hatte das Gesetz unterzeichnet, letztere hatten am 7. April 2022 entschieden, dass dieses im Einklang mit der Verfassung stünde.

Auf der Versammlung wurden diese Entscheidungsträger auf einer LED-Wand gezeigt, unterlegt mit der Stimme des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach, der diese sogenannte Corona-Impfung propagierte. »Herr Lauterbach hat wissentlich gelogen, denn es gab und gibt Impfschäden«, so Rechtsanwalt Tobias Pörsel, der die Demo von der Bühne aus pünktlich eröffnete und als Moderator durch das Programm führte. Der Initiator des ZAAVV, Rechtsanwalt Ralf Ludwig, bedankte sich anschließend für die Unterstützung bei allen Demoteilnehmern, allen Anwaltskollegen, die an dieser Strafanzeige mitgewirkt hatten, sowie bei den über 100 Helfern, die diese Demo



Die Post ist da: Ralf Ludwig reicht am Bundesverfassungsgericht Strafanzeige ein. Foto: DW/GEorgi Belickin



 $\textbf{Riesiger Andrang: Trotz ungem\"{u}tlicher Witterung kamen rund 10.000 Demokraten nach Karlsruhe. Foto: DW/GEorgi Belickin Riesiger Andrang: Trotz ungem\"{u}tlicher Witterung kamen rund 10.000 Demokraten nach Karlsruhe. Foto: DW/GEorgi Belickin Riesiger Andrang: Trotz ungem\"{u}tlicher Witterung kamen rund 10.000 Demokraten nach Karlsruhe. Foto: DW/GEorgi Belickin Riesiger Andrang: Trotz ungem\"{u}tlicher Witterung kamen rund 10.000 Demokraten nach Karlsruhe. Foto: DW/GEorgi Belickin Riesiger Andrang: Trotz ungem\"{u}tlicher Witterung kamen rund 10.000 Demokraten nach Karlsruhe. Foto: DW/GEOrgi Belickin Riesiger Riesig$

ermöglicht hatten. Die Botschaft, die von diesem Tag nach draußen getragen werden sollte, sei: »Der Staat darf keinen unschuldigen Menschen töten«, so Ludwig. Tobias Pörsel forderte die Staatsanwaltschaft auf: »Fangt an, Euren Job zu machen.«

STRAFANZEIGE DIGITAL EINGEREICHT

Es gab Menschen im Parlament, die den Mut hatten, gegen die Impfpflicht zu stimmen. Dazu gehörte im Deutschen Bundestag der Jurist und rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Thomas Seitz und in Österreich der Rechtsanwalt und Politiker Dr. Michael Brunner (MFG), die beide in Karlsruhe sprachen. Aus der Schweiz wurde der Jurist und Politiker Claudio Zanetti auf der Bühne begrüßt. AfD-Mann Thomas Seitz hatte im Bundestag im Hinblick auf die

Montagsspaziergänge in ganz Deutschland immer wieder betont, dass die Spaziergänger den Rechtsstaat verteidigen und ihre Kriminalisierung Unrecht sei. In seiner Rede machte der Abgeordnete klar, dass es der Druck von den Menschen auf der Straße und ihr Mut war, welche die allgemeine Impfpflicht verhindert hatten. Alles Unrecht müsse aufgearbeitet werden, wir dürften niemals vergessen, was geschehen war. Das seien wir uns selbst, unseren Kindern und den Opfern dieser Gesundheitsdiktatur schuldig.

Claudio Zanetti begrüßte seine Landsleute, die Freiheits-Trychler, die angereist waren, um in der Tradition ihrer Ahnen die bösen Geister mit gigantischen Glocken zu vertreiben. Sie führten später den Aufzug durch Karlsruhe an, gefolgt von vielen Trommlern und Menschen mit Fahnen, Schildern und

Bannern. »Frei ist nur der, der seine Freiheit gebraucht«, so Zanetti. »Wir Menschen sind keine Objekte der Macht, sondern Menschen. Bleibt standhaft! Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.«

Über 1.000 Postkarten für Mitunterzeichner der Strafanzeige waren schnell vergriffen und wurden während des Aufzugs in symbolischen Briefkästen gesammelt zur Übergabe an den Generalbundesanwalt. Musikalisch begleitet wurden die Reden von der Ärztin und Musikerin Perin Dinekli, von Steven Gärtner und dem Duo Alien's Best Friend. Überraschungsgast des Tages war Michael Ballweg, der sich bei allen bedankte, die ihn während seiner Haftzeit in Stammheim unterstützt hatten. Über das elektronische Anwaltspostfach reichte Ralf Ludwig die Strafanzeigen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Ein Moment, der vielen Hoffnung auf Aufarbeitung machte. Sollte der Generalbundesanwalt (wie zu erwarten) nicht ermitteln, dann gehen diese Strafanzeigen zum Internationalen Gerichtshof nach Den Haag. Der Tag der Menschenrechte in Karlsruhe wur-



ZITAT DER WOCHE

Foto: DW/Georgi Belickin

»Ich habe den Staatsterror erlebt und unterschätzt.
Es macht doch mehr mit einem, als es mir vorher bewusst war.
Aber: Ich arbeite gerade ganz intensiv daran,
aus der Angst zu kommen. Ich lasse mir keine Angst machen!
Ich lasse mich nicht mundtot machen! Ich mache weiter!«

Sabrina Kollmorgen, Krankenschwester und Preis-der-Republik-Trägerin, auf der Demo in Karlsruhe am 10. Dezember 2023. Am 1. November war sie um 6 Uhr morgens von der Polizei in ihrer Wohnung überfallen worden.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- · Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- · Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- · Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- · Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- · Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Es ist alles widerlegt!«

»...dann stellte sich zunehmend heraus, dass alle Kernthesen derjenigen, die die Pandemie gesteuert haben, falsch waren.« – Oskar Lafontaine in Bad Bergzabern am 9. Dezember 2023

nlässlich der zwanzigsten Geburtstages der berühmten Aufklärungsplattform NachDenkSeiten.de Oskar Lafontaine eine vielbeachtete Rede in Bad Bergzabern (Rheinland-Pfalz). Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gibt hier eine wichtige Passage aus der Rede des - das kann man im Falle Lafontaines so schreiben: großen deutschen Friedenspolitikers, Sozialdemokraten und Buchautors wider.

»Die Corona-Pandemie ist nun tatsächlich ein Schlüsselerlebnis. Für mich war es ein Schlüsselerlebnis, denn das habe ich in dieser Form in den letzten Jahrzehnten noch nicht erlebt. Es war so, dass wir alle am Anfang nicht wussten, was das eigentlich war. Ich selber war verunsichert, wusste nicht, was ist denn jetzt richtig, was ist falsch? Ich gehörte dann auch zu denjenigen, die sich impfen ließen, meine Frau nicht. Ich tat es, weil ich zur Risikogruppe gehörte. Man hat dann irgendwie Angst, es könnte schneller zu Ende sein, als man es sich wünscht. Also ist man dann angstgetrieben und lässt sich dann impfen. Man wusste ja nicht, was ist richtig, was ist falsch.

IMMER WIEDER LESEN

Aber ich habe mich bemüht, wie viele andere auch, immer wieder zu lesen und zu fragen, was denn herausgekommen ist. Was hat man erfahren, was sind denn neue Erfahrungen? Dann stellte sich zunehmend heraus, dass alle Kernthesen derjenigen, die die Pandemie gesteuert haben, falsch waren [großer Applaus im Saal]. Die erste Kernthese war, dass diese Impfung vor Ansteckung schützt.

Ich weiß noch, wie die Impfstoffhersteller das in die Welt gesetzt haben! Natürlich habe ich mich gefragt, ja wieso sind die da so sicher? Aber gut, sie werden Experimente gemacht haben. Obwohl ich angesichts der kurzen Zeit unsicher war. Früher hieß es, man müsse einen Impfstoff mehrere Jahnicht gut wirkt.



Der heute parteilose Oskar Lafontaine war Ministerpräsident des Saarlandes, Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat für die SPD. Nach dem Beginn des neuen Kriegskurses der BRD und der Nato ab 1999 wandte er sich ab, gründete die Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) und brachte diese in die Partei Die Linke ein. Nachdem auch diese unterwandert worden war, erklärte er sich zum Parteilosen. Zuletzt veröffentlichte er u.a. das Buch »Ami, it's time to go«. Foto: Videostill von NachDenkSeiten.de

Die zweite Kernthese, und die hat ja unser Die dritte Kernthese war dann, dass die Impgesellschaftliches Leben bestimmt, war, dass diese [sogenannte] Impfung [es ist keine; red.] davor schütze, andere anzustekken. Aus dieser Kernthese wurde ja abgeleitet, dass diejenigen, die sich nicht impfen [injizieren] ließen verfolgt hat, geradezu diskriminiert hat, dass man einen Zwang einführen wollte – die Impfpflicht. Und was weiß ich noch alles! Das war die schlimmste Kernthese, die verbreitet wurde. Und die sein ganzes Studium über gepennt. Es ist tun heute noch so, als wenn die wahr wäre. ein wirklicher Skandal, dass dieser Mann re prüfen, um dann sagen zu können, ob er Nein, das ist die grobe Unwahrheit gewesen noch im Amt ist! wirkt oder nicht wirkt, ob er gut wirkt oder [großer Applaus brandet auf]. Es ist alles [Jubel und Applaus im Saal.] widerlegt!

fung nicht mit gravierenden Nebenwirkungen verbunden sei. Das hat ja insbesondere Lauterbach immer wieder vertreten. Dazu muss ich eines sagen: Wenn ein Mediziner sich ins Fernsehen setzt und sagt, »es gibt praktisch keine Nebenwirkungen« – dies bei einem Impfstoff, der noch überhaupt nicht erprobt ist -, dann hat dieser Mediziner schon im ersten Semester gepennt und

Briefe an die Redaktion

ZEITUNG IST GEFEIT VOR LÖSCHUNG UND ZENSUR

Liebes DW-Team, wie üblich möchte ich mein Abo verlängern und lege Euch die 15 Euro wieder mit bei. Gerne mache ich das schriftlich, denn ich bin noch ein großer Briefschreiber. Auch bei Eurer Wochenzeitung hat man alles schwarz auf weiß. Früher sagte man, dies kann man dann getrost nach Hause tragen. Heute könnte man sagen, es wird vor einer Löschung und Zensur verschont - im Gegensatz zum Internet. Viele Eurer Ausgaben habe ich gesammelt, ein paar verschenkt. Zum Wegwerfen nach dem Lesen sind sie mir viel zu schade und kostbar. Ich kann nur ein Lob aussprechen, was ich hiermit gerne tue. Derzeit interessiere ich mich vor allem für Gabriele

Krone-Schmalz. Vielleicht könnt Ihr mal ein Interview mit ihr machen. Darüber würde ich mich sehr freuen. Ich wünsche Euch eine schöne Adventszeit.

- Klaus, Crailsheim

POSTZUSTELLER VERRICHTEN HARTE ARBEIT

Liebes DW-Team, wie immer meinen besten Dank für die gute und wertvolle Zeitung. Zum beigefügten Info-Blatt möchte ich Euch Folgendes mitteilen: Bei uns im Ort hat die Post schon seit Jahren Personalmangel. Pakete werden täglich zugestellt. Briefe, Zeitungen, Kataloge, usw. werden manchmal mehrere Tage gesammelt. Als DW-Ausgabe 154 am Montag noch nicht da war, habe ich bei der Post angerufen,

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

am Mittwoch hatte ich sie dann im Briefkasten. Ich bin froh, wenn überhaupt alles ankommt und nichts verlorengeht. Die Austräger verrichten eine harte Arbeit.

– Karin H, Eberswalde

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Der Gaza-Krieg und die Rolle des WEF

Geht es auch in diesem Krieg nur um Erdöl und Petroknete? | Eine Analyse von Ernst Wolff

ach einem vorübergehenden Abflauen der Kämpfe im Gazastreifen ist der Krieg der israelischen Regierung gegen die Hamas am 4. Dezember 2023 wieder mit voller Härte entbrannt. Unter dem Vorwand, die terroristische Bedrohung ein für alle Mal auszumerzen, nimmt die israelische Armee auch diesmal keine Rücksicht auf die palästinensische Zivilbevölkerung.

Jedem unvoreingenommenen Beobachter ist mittlerweile klar, dass es sich nicht mehr um Verteidigung, sondern um gezielte Vernichtung handelt – eine Vernichtung, bei der tausende unschuldige Opfer, darunter zahllose Kinder, billigend in Kauf genommen werden. – Warum? Was und vor allem wer steckt hinter dieser monströsen Unmenschlichkeit?

Licht ins Dunkel bringen könnten einige Vorgänge im Hintergrund, die der breiten Öffentlichkeit von den *Mainstream*-Medien weitgehend vorenthalten werden, die aber möglicherweise auch für die zukünftige Entwicklung des Konfliktes entscheidend sind.

ERDGASFUNDE VOR GAZA

Wie ja inzwischen weitgehend bekannt ist, befinden sich etwa 20 Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens Erdgas- und Erdölvorkommen im Werte von etwa 500 Milliarden US-Dollar. Deren Erlös würde eigentlich den Palästinensern zustehen, wird ihnen aber entgegen internationalem Recht von Israel seit gut 20 Jahren vorenthalten. Gleichzeitig betreibt Israel jedoch selbst Erdöl- und Erdgasförderung, und zwar an neun verschiedenen Feldern im Mittelmeer und ist damit seit 2017 von einem Erdgas-Importeur zu einem Erdgas-Exporteur geworden.

Das allein ist schon eine schreiende Ungerechtigkeit und vor allem eine Verhöhnung der Menschen im Gazastreifen, wo mehr als die Hälfte der Einwohner in Armut lebt und 80 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Warum das so ist und was sich hinter dieser menschenverachtenden Agenda verbirgt, das enthüllen zumindest teilweise folgende in den vergangenen Wochen zutage getretene Hintergründe:

Eines der israelischen Gasfelder ist das vom US-Großkonzern Chevron betriebene Tamar. Dessen Exporte über die East Mediterranean Gas *Pipeline* wurden wenige Tage nach dem Terror-Anschlag vom 7. Oktober vorübergehend eingestellt. Daraufhin hat Chevron beantragt, Gas über die Arabische Gas*pipeline* zu exportieren, die eine weitere israelische *Offshore*-Plattform, Leviathan, sowohl mit Jordanien als auch mit Ägypten verbindet.

DIE ALLIANZEN Im Hintergrund

Hier sollte man hellhörig werden, denn hier zeigt sich deutlich, dass im Kriegsfall



Die Stadt Bait Lahia im Norden Gazas am 3. August 2014 nach Luftschlägen der israelischen Luftwaffe, im Zuge derer 10 Menschen getötet, 30 verwundet und eine von den Vereinten Nationen betriebene Schule zerstört wurde. Die israelische Regierung hatte ihre Marine- und Luftoffensive am 8. Juli 2014 begonnen, nachdem Hamas-Guerilleros Raketensalven auf israelische Zivilisten abgefeuert hatten. Foto: Ruptly

Allianzen bestehen, von denen die Öffentlichkeit so gut wie nichts erfährt, und das aus gutem Grund: Sie soll nämlich nichts davon wissen, wer im Hintergrund vom Krieg profitiert. Sehen wir uns die Beteiligten also einmal genauer an: Ägypten und Israel haben in der Vergangenheit mehrere Kriege gegeneinander geführt und gelten ganz sicher nicht als befreundete Nationen. Und Jordaniens Königin Rania hat in den vergangenen Wochen mehrmals über ihren Instagram-Account ihre Solidarität mit den Palästinensern und ihre Ablehnung der israelischen Kriegspolitik bekundet.

Dieser öffentlichen Darstellung aber widerspricht eine Verbindung der Akteure, die so gut wie nirgendwo erwähnt wird. Sowohl der israelische Ministerpräsident Netanjahu als auch Ägyptens Staatschef General Al Sisi werden nämlich beide vom Weltwirtschaftsforum (WEF) als Contributors also als Beitragende zu deren Agenda, geführt. Und Königin Rania von Jordanien ist nicht nur Beitragende, sondern sitzt seit mehreren Jahren sogar im Vorstand des WEF. Aber das ist noch lange nicht alles. Das Unternehmen Chevron zählt mit einem 2022 erwirtschafteten Umsatz von circa einer Viertelbillion Dollar nicht nur zu den weltweit größten Ölkonzernen, sondern ist als einer von etwa 120 strategischen Partnern engstens mit dem WEF verbunden. Und auch damit noch nicht genug: Hauptaktionär von Chevron ist neben dem eigenen Aktionär Vanguard niemand anders als der größte Vermögensverwalter der Welt, nämlich Black-Rock. Und dessen Gründer und CEO Larry Fink sitzt seit 2019 zusammen mit Königin Rania ebenfalls im Vorstand des WEF.

Und um das Ganze auch noch zu toppen: Israels wichtigste Waffenlieferanten sind die großen Rüstungskonzerne der USA, hinter denen als Hauptaktionäre ebenfalls in fast allen Fällen BlackRock und Co. stehen.

HILFSPAKETE UND LIZENZEN

Finanziert werden die als Hilfspakete deklarierten Waffenlieferungen aber nicht etwa von wohltätigen Organisationen oder von Israel wohlgesonnenen Milliardären, sondern vom amerikanischen Steuerzahler, also hauptsächlich dem amerikanischen Mittelstand, und zwar in Form von sogenannten Hilfspaketen. Das jüngste Hilfspaket in Höhe von 13 Milliarden Dollar wurde erst im Oktober von US-Präsident Joe Biden beantragt, bei dem es sich – ebenfalls um einen Beitragenden zur Agenda des WEF handelt.

Aber diese Querverbindungen enden damit noch lange nicht. Am 31. Oktober, also fünf Tage vor der Wiederaufnahme der Angriffe auf den Gazastreifen hat Israels Regierung 12 Lizenzen zur Erkundung von Erdgasförderung in seinen Gewässern an 6 Konzerne vergeben. Der größte darunter ist British Petroleum – BP.

BP ist ebenfalls strategischer Partner des WEF und hat im Mai 2023 einen 1,5 Milliarden-Deal mit dem indischen IT-Unternehmen Infosys abgeschlossen. Nicht nur, dass Infosys ebenfalls strategischer Partner des WEF ist – sein Mitbegründer, der Milliardär Narayana Murthy, ist nicht nur Beitragender des WEF, sondern gleichzeitig Schwiegervater des britischen Premierministers Rishi Sunak, der wiederum zu den Young Global Leaders (dt. Junge Weltenlenker, Anm. d. Red.) des WEF gehört.

UND NOCH EIN TÄUSCHUNGSMANÖVER

Noch ein Detail, das zeigt, wie das palästinensische Volk nicht nur von der israelischen Regierung, sondern auch von den eigenen Führern betrogen und hintergangen wird: Im Juni 2023 hat Israels Premier Netanyahu die Erschließung des Gasfeldes vor Gaza dem ägyptischen Staatsunternehmen EGAS zugesichert – und zwar überraschenderweise in Übereinstimmung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Was wie eine politische Sensation klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als weiteres Täuschungsmanöver, denn Mahmoud Abbas, der Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde, also des Gegenspielers der Hamas, ist ebenfalls Contributor des WEF.

Es ist traurig, aber wahr: Wie so oft in der Vergangenheit wird die Weltöffentlichkeit auch im Falle Gaza darüber hinweggetäuscht, dass die entscheidende Frage im Kriegsfall nicht die ist, welche der beiden kämpfenden Parteien am Ende gewinnt, sondern die, wer im Hintergrund die Fäden zieht und wer sich auf Kosten unschuldiger Menschen hemmungsund gewissenlos bereichert.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022).

Dieser Text erschien auf dem unabhängigen Online-Journalistenportal apolut.net, wo er als Audiostrecke für Bus- und Bahn einhörbar ist. Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE von Wolfgang Greulich

POLITIK DER WENDEHÄLSE

Das Wort Wendehals wird in der nächsten kommenden Zeit eine neue Qualität bekommen. Viele Abnicker und Erfüllungsgehilfen, Ja-Sager und Gesinnungsakrobaten werden ihre Meinung ändern und die Fahne in den Wind – besser: in die neue Windrichtung – hängen. Der SWR und MDR haben diese Woche schon mal damit begonnen und über ZAAVV und MRNA berichtet.

Das war klar und vorhersehbar, denn die Wahrheit kommt ja erfahrungsgemäß immer ans Licht. Bei Politikern sind wir das gewohnt, sie ändern Verhalten und Aussagen schneller als sie ihre Unterwäsche wechseln. Genau deshalb gilt es, das aktuelle komplette System aus Parteien und Politikern zu überdenken, denn in Wahrheit hat es längst ausgedient. Ideen gibt es genug. Die Politik der Wendehälse konnte man auch wieder sehr deutlich bei der UN-Klimaschutzkonferenz beobachten. Zehntausende setzen sich in Ihre Flugzeuge und Privatjets, fliegen nach Dubai, um dort zur weltweiten Abkehr von fossilen Brennstoffen aufzurufen. Mehr als 100 Staaten sprechen lauthals über etwas, was dann im verabschiedeten Abschlusstext nicht vorkommt. Vorne dran unsere Bundesregierung. »Große Freude in der deutschen Delegation und bei Annalena Bärbock, dass die Welt das Ende des fossilen Zeitalters beschlossen hat.« Nein, hat sie eben nicht, und das ist auch gut so und gar nicht in dieser Dramatik notwendig.

Früher ging es bei dieser Konferenz wohl mal um Idealismus und Umweltschutz, heute geht es da um Geld, grünen Irrsinn, schöne Stunden an einem tollen Ort und sonst um nicht viel. Gut zu erkennen an der Teilnehmerzahl, die sich seit dem Rekord des Jahres 2022 quasi erneut verdoppelt hat. Interessant dabei ist auch, dass die Länder mit den größten Delegationen – Brasilien, China und Nigeria – am wenigsten beim Thema Klimaschutz in den Vordergrund treten.

Aber mal schnell den deutschen Bundeskanzler treffen, denn er hat immer Geld für andere dabei, und morgen hat er es eh vergessen. Ja, traurig, aber wahr. Und zuhause bekommen wir nicht mal flächendeckend das 49-Euro-Deutschlandticket für die eigene Bevölkerung finanziert. Hier steigen die ersten Landkreise aus, weitere werden folgen. Mal schauen, ob das Ticket überlebt.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Rein in die Klassenzimmer

Auch die Schäden der C-Maßnahmen werden genutzt, um die Agenda voranzutreiben | Von Batsba N'Diaye



...aber auch für ihre eigene. Diese engagierte Demokratin weiß, wofür es sich in diesen Zeiten zu kämpfen lohnt. Foto: DW/Georgi Belickin

ie jüngst vorgelegten PISA-Ergebnisse zum Bildungsgrad und zu den grundlegenden Fähigkeiten der jungen Generation (DW berichtete) sorgten für die erwartbaren Reaktionen in den Konzern- und Regierungsmedien: mehr Digitalisierung! Dass hinter dem Absacken auch die Coronamaßnahmen stecken könnten, wurde ausgeblendet.

»Von Estland das Lernen lernen«, proklamierte die Tagesschau die pädagogische Agenda. Dort würden seit langem Computer, Tablets und Handys systematisch im Unterricht eingesetzt. Das baltische Land sei mit dieser Strategie nun regelmäßig auf den ersten Plätzen gelandet. Deutschland müsse aufhören, über Handyverbote im Unterricht zu diskutieren und die Digitalkonzerne richtig ranlassen, dann würde es schon wieder werden.

Getestet wurden Mathematik, Naturwissenschaften und Lesekompetenz. Knapp ein Drittel der getesteten Schüler hat in mindestens einem der drei Bereiche nur eine sehr geringe Kompetenz. Etwa jeder sechste Jugendliche verfüge in allen drei Bereichen über »deutliche Defizite «, wie es heißt.

Der Ökonom und Journalist Norbert Häring untersuchte, ob ein Zusammenhang zwischen dem schlechten Abschneiden und den Coronaschulschließungen gezogen werden können. Sein Ergebnis: Je umfangreicher die Schulschließungen, desto stärker der Leistungsabfall im Vergleich zur vorangegangenen Pisa-Studie aus dem Jahr 2018. Sein Fazit: »Natürlich können bereits stark durchdigitalisierte Länder den Lern-Schaden eher begrenzen als solche, die sich bis

dahin darauf konzentriert haben, den Schülern analog Fertigkeiten beizubringen. Aber der Grad der Digitalisierung war ja bekannt und gegeben und nicht kurzfristig änderbar, als beschlossen wurde, dass und wie lange die Schulen geschlossen bleiben sollten.«

SIE HABEN ES GEWUSST

»Die derzeitigen Quarantänemaßnahmen verursachen immense Kollateralschäden gesundheitlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Natur, an denen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes noch lange zu tragen haben werden«, schrieb der Epidemiologe Ulrich Keil in einem offenen Brief an die damalige Bundeskanzlerin Merkel. Diese empörte sich außerdem frühzeitig gegenüber dem Tagesspiegel: »Ich lasse mir doch nicht vorwerfen, dass ich Kinder quäle«. Bewusstsein darüber, dass es nicht nichts war, was sie da tat, war also bekannt.

Die sogenannte Pisa-Studie wird seit 20 Jahren genutzt, um Schüler zu drangsalieren, und um die Schule nach vorgefertigten Agenden auf Linie zu bringen. Damit ist Pisa die kleine Schwester von Bologna, unter welchem Namen die Universitäten als Orte der Kritik ausgeschaltet wurden. Die Coronamaßnahmen und die Schulschließungen sorgen nun für den Einzug der Digitalgeräte in den Klassenraum.

Die Wirkung der andauernd blinkenden Lichtchen auf Kinder ist bekannt: Konzentrationsschwäche, sozialer Rückzug und Abkehr von der Wirklichkeit. Die wichtigste Form ist hier nicht der Text, sondern das bewegte Bild und das Video. Und das hatte mit eigenständigem Denken nie viel zu tun.

MELDUNG

REZESSION ALS SONDERWEG

Berlin/DW. Ökonomen des arbeitgebernahen Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) gehen auch für das kommende Jahr 2024 von einer Rezession der deutschen Wirtschaft aus. Grund hierfür seien die »weltweiten Krisen« und Unsicherheiten in Bezug auf den Bundeshaushalt, hieß es aus dem Institut am 13. Dezember. Die Ökonomen widersprechen mit ihrer Prognose von einem Minus von 0,5 Prozent Verlautbarungen der Bundesregierung, die von einem Wachstum von 1,3 Prozent ausgehen. Im Verweis auf andere Industrienationen stellen die Ökonomen fest: »Mit diesen schlechten Wirtschaftsaussichten steht Deutschland unter den großen Ländern allein da.« (hes)

DW WIRKT: PFIZER-AKTIE BRICHT EIN

New York/DW. Der Wert der Aktie des Pharmakonzerns Pfizer brach am 13. Dezember in sich zusammen, nachdem bekanntgegeben worden war, dass sich immer weniger Menschen mit den mRNA-Giftsubstanzen spritzen lassen wollen. In Deutschland versuchte zuletzt BioNTech, Juniorpartner des US-Konzerns, mit einer offiziösen Plakatkampagne die Umsätze anzukurbeln. Seit Beginn des Jahres 2023 hat sich der Wert der Pfizer-Aktie mehr als halbiert – von 51,45 auf nur noch 24,55 Euro. Für das kommende Jahr rechnet der Konzern erneut mit Umsatzeinbrüchen. (hes)

VIELE BESCHWERDEN ÜBER DEUTSCHE POST

Bonn/DW. Auch 2023 gibt es viele Beschwerden von Kunden über die Deutsche Post, etwa aufgrund verlorengegangener Pakete. Laut Bundesnetzagentur sei es absehbar, dass es bis zum Jahresende wieder deutlich über 40.000 Beschwerden sein werden. Im Vorjahr lag die Zahl bei mehr als 43.500. Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, fordert die Post und deren Dienstleister auf, »alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine zuverlässige Postversorgung sicherzustellen. Mängel müssen schnell beseitigt werden.« (kmü)

LNG UMWELTSCHÄDLICHER ALS KOHLE

New York/Berlin/DW. Alles fürs Klima? Importiertes Flüssigerdgas (LNG) spielt für die deutsche Energieversorgung – so will es die Ampel-Regierung – eine große Rolle, seitdem infolge des Ukrainekriegs auf günstiges Erdgas aus Russland verzichtet wird. Doch eine Studie aus den USA belegt nun: »Absolute Treibhausgasemissionen von LNG sind im schlimmsten Fall 274 Prozent höher als die von Kohle«, so Methan-Forscher Robert W. Howarth von der Cornell University. Dies liege insbesondere an Methanlekkagen während des gesamten Herstellungsprozesses einschließlich Fracking, Reinigung, Verflüssigung und Transport. Der Bundesregierung liegen dazu angeblich keine genauen Daten vor. (kmü)

DAS AMERIKANISCHE VERSUCHSFELD

Argentinien und Javier Milei: Der Weg in die (Schein-) Freiheit? Von Ronja Palmer aus Buenos Aires

us Protest gegen die desaströse Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierungen wählte Argentinien mit Javier Milei einen radikalen »Anarcho-Kapitalisten« und die Reise ins Ungewisse.

Alles, Hauptsache nicht das alte Übel, schienen sich die Argentinier bei dieser Präsidentschaftswahl zu denken und erklärten dem sozialdemokratischen Establishment kurzerhand den Bruch. Mit 145 Prozent jährlicher Inflation und 40 Prozent Bevölkerungsarmut ähnelt die aktuelle Situation derjenigen kurz vor der argentinischen Hyperinflation 1989. Seinen historisch beispiellosen Abstieg verdankt das ehemalige Silberland einem protektionistischen Wirtschaftsmodell, das auf den populären Präsidenten Domingo Perón zurückgeht. Der peronistische Kurs, der bis heute Leitlinie ist, steht für eine Politik der Abschottung, einen aufgeblähten, korrupten Staatsapparat und hohe Staatsverschuldung. Während die Unterschicht teilweise noch von Sozialgeldern bei Laune gehalten wird, hat die Mittelschicht und der durch hohe Steuern zerstörte Privatsektor die Nase voll.

HOFFNUNG AUF STRUKTURWANDEL

Es sind vor allem junge Menschen ohne Zukunftsperspektiven, die den 53-jährigen Ökonomen unterstützen, der mit exzentrischem Charme und der Kettensäge in der Hand gegen die »parasitäre politische Kaste« wettert, die das chronische Haushaltsdefizit verschuldet hat. Der politische Newcomer mit der Rockerfrisur überzeugt, weil er Tacheles spricht. Während Ex-Präsident Alberto Fernández bei seinem Abschied noch heuchelte, er würde einen »funktionierenden Staat« hinterlassen.

Mileis Ideologie, mit der er die »Wirtschaft befreien und Argentinien retten« will, heißt Anarcho-Kapitalismus und ist eine extreme Form des Marktradikalismus. Das Modell dahinter sieht eine Reduzierung des Staates bei gleichzeitiger Entfesselung der Märkte vor. Konkret plant Milei den Dollar, der bereits die inoffizielle Währung ist, als Landeswährung einzuführen. Außerdem will er die argentinische Zentralbank abschaffen, zahlreiche Ministerien schließen und Privatisierungen im Rundfunk und im Bildungssystem vornehmen.

NEOLIBERALE AGENDA ALS HEILMITTEL

Milei polarisiert. Weil er sich für Lockerungen im Waffengesetz und gegen Abtreibung ausspricht, hat er die Zustimmung vieler Rechtskonservativer, wie auch von Donald Trump und Jair Bolsonaro. Währenddessen halten ihn Kritiker für einen Globalisten par excellence. Milei arbeitete unter anderem für die umstrittene HSBC-Bank und als Berater der argentinischen Regierung. Den politischen Aufstieg verdankt er seinem Sponsor Eduardo Eurnekian, Präsident des weltweit größten privaten Flughafenbetreibers Corporación América und ein bekanntes Gesicht beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos. Milei selbst twitterte im Dezember 2022, er sei »einer der größten Kritiker der Agenda 2030«. Wobei seine Systemkritik Grenzen hat. So verurteilte er zunächst die autoritären Hygienemaßnahmen unter der Regierung Fernández, bekannte er sich aber schließlich als Impfbefürworter.

Im Politischen lässt der frischgebackene Präsident jetzt schon durchblicken, wo er steht, nämlich ganz auf US-Linie. Er erklärt die USA und Israel zu seinen auserwählten Handelspartnern. Argentiniens geplante



Javier Mliei und sein Markenzeichen, die Wuschelfrisur: »Die herrschende Subkultur hat die oppositionelle Subkultur aufgesogen und sich angeeignet: Mit diabolischem Geschick hat sie aus ihr eine Mode gemacht«, so der berühmte italienische Schriftsteller Pier Paolo Pasolini zur Politik und

Aufnahme bei den BRICS-Staaten will er wieder annullieren. Bei seinem Amtsantritt am 10. Dezember 2023 reiste extra der ukrainische Präsident an, dem Milei seine Unterstützung zugesagt hatte. Und mit Luis Caputo ernannte Milei ausgerechnet den ehemaligen Zentralbankdirektor zum neuen Wirtschaftsminister, der auch 2018 am verheerenden Milliardenkredit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) an Argentinien mitwirkte und zur »Kaste« gehört, die Milei eigentlich verschmäht.

Es ist zu früh, Schlüsse zu ziehen. Doch Freiheit sieht anders aus. Leider deutet alles darauf hin, dass Argentinien unter Milei zum Spielball der Neoliberalen wird. In der Hoffnung auf ein bisschen Stabilität schlitterten die Argentinier wohl eher vom Regen in die Traufe.



Ronja Palmer studierte Sozial- und Kulturanthropologie und verließ wegen des Coronaregimes Deutschland. Ihre derzeitige Station ist Argentinien.

MELDUNG

BRD BALD FÜHRER DER OSTFRONT?

Hamburg/DW. Laut dem GEZ-Blog Tagesschau.de will die US-Regierung »keine Versprechungen« mehr an das Kiewer Regime abgeben. Dies habe der unter umstrittenen Umständen ins Amt gelangte US-Präsident Joseph Biden bei einem Besuch des Kiewer Regenten Wladimir Selenski in Washington am Mittwochabend (Ortszeit) bekanntgegeben.

Die Unsicherheit weiterer Waffenhilfe gehe auf eine Blockade der republikanischen Partei zurück. »Mehr als 44 Milliarden Dollar Militärhilfe haben die USA in den letzten zwei Jahren seit Beginn der russischen Aggression für die Ukraine bereitgestellt. In wenigen Tagen wird dieses Geld aufgebraucht sein«, erklärte das Weiße Haus demnach.

Seit Wochen wird in den Propagandamedien darüber spekuliert, inwiefern der BRD-Staat die USA als führende kriegstreibende Kraft an der Nato-Ostfront beerben werde (DW berichtete). Doch am Donnerstag wurde bekannt, dass der umstrittene Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) den Ersatz für die Waffenlieferungen der Bundeswehr an Kiew aus den bereits 2022 verkündeten Kriegskrediten bezahlen müsse (»Sondervermögen«).

Planung des Bundesfinanzministeriums zur »Haushaltseinigung«: »Die Ausgaben für die Wiederbeschaffung aus Ertüchtigung werden künftig vom Sondervermögen Bundeswehr getragen.« Damit ist der Kriegsetat für die Ostfront umrissen. Er beträgt 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln (vgl. #DW93 vom 11. Juni 2023). (ale)

GAZA VOR Hungerkatastrophe?

Genf/DW. Laut Meldung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) steht der Gaza-Streifen vor »dem dunkelsten Kapitel ihrer Geschichte seit 1948«. Der UNRWA-Chef Philippe Lazzarini erläuterte am Mittwoch am UN-Sitz in Genf, dass seit 75 Jahren die Menschenrechte der Palästinenser nicht respektiert würden.

Zuletzt habe er mit ansehen müssen, wie hungrige Familien in Gaza Haustüren aufrissen, um an die letzten Konserven zu gelangen. Gaza stehe am Beginn einer Hungersnot. Wegen der israelischen Angriffe gelange kaum noch Nahrung in das nahezu isolierte Gebiet. Bei der Ankunft eines der wenigen Transporte mit Hilfsgütern sei Chaos ausgebrochen. (bat)

UKRAINE-BEITRITT ZUR EU – WAS KOSTET DAS EIGENTLICH?



Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski will rein in die EU. Und er hat Glück: Geld spielt bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekanntlich keine Rolle – wenn sie es ausgeben kann. Nachdem sie per SMS für jeden EU-Bürger zehn Corona-Impfdosen kaufte, sagte sie ohne Umschweife dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski zu, dass die Ukraine Mitglied der EU werden könne. Nun liegen vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erstmals öffentlich Zahlen vor, was das bedeuten würde.

Eine Vollmitgliedschaft der Ukraine werde den EU-Haushalt mit fantastischen 130 bis 190 Milliarden Euro belasten. Fast 20 Prozent, ein Fünftel, des mehrjährigen EU-Haushaltes würden in die Ukraine fließen.

»Trotz der großen Unsicherheiten, die derzeit noch bezüglich eines Beitritts der Ukraine bestehen, etwa hinsichtlich der genauen formalen Ausgestaltung oder der zeitlichen Dimension, ist eine quantitative Abschätzung der Kosten wichtig für die weitere Debatte«, so die Forscher behutsam im Bericht, der am 13. Dezember 2023 veröffentlicht wurde. Zur Zeit finden EU-Diskussionen über den Ukraine-Beitritt statt. Ungarn unter Viktor Orbán stellt sich quer. Die Bundesregierung drängt darauf. Ein großer Teil des EU-Budgets wird von deutschen Steuerzahlern erwirtschaftet. Geld, dass ungefragt per SMS in die Ukraine überwiesen wird. (bnd)

n der Debatte um die Frage, ob der Mensch schädlichen Einfluss auf das Klima nimmt, werden die gleichen Fehler gemacht wie in der Corona-Diskussion. Der nachstehende Text regt einen Diskurs über die Einzelthesen an, aus denen sich die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel zusammensetzt.

1. Untaugliche Denkfiguren

Weder die Verfechter noch die Gegner der Hypothese vom menschengemachten Klimawandel haben der Versuchung widerstehen können, die Debatte mithilfe von Nebelkerzen und Totschlagsargumenten zu führen.

a) Wetter gleich Klima?

Oftmals bekommt man von den Gegnern folgenden Gedankengang präsentiert: Die Wissenschaft sei ja noch nicht einmal in der Lage, das Wetter der nächsten Woche vorherzusagen. Dann könne sie erst recht nicht die Klimaentwicklung der kommenden Jahre oder gar Jahrzehnte vorherzusagen.

Dieser Gedankengang verfängt nicht, weil er auf einer Begriffsvertauschung beruht. Das »Wetter« beschreibt hierin konkrete äußere Bedingungen in einem bestimmten, meist kurz bemessenen Zeitraum (zum Beispiel Tag, Woche): Welche Temperatur wird die Außenluft in diesem Zeitraum haben, wird es Niederschlag geben und wenn ja, welchen und wieviel? Es handelt sich also um eine punktuelle Aussage. Wer dagegen im obigen Gedankengang vom »Klima« spricht, meint einen längerfristigen Trend, beschreibt also eine generelle Entwicklung. »Klima« und »Wetter« sind also nicht dasselbe.

b) Wärmer ist besser?

Wenig zielführend ist auch die Überlegung, es sei sogar besser, wenn es auf der Erde wärmer werde. Es mag zwar der Fall sein, dass unter den aktuellen Bedingungen von kalten Temperaturen eine höhere Krankheits- und Todesgefahr ausgeht als von heißen Temperaturen. Dafür könnte insbesondere sprechen, dass der Krankenstand erfahrungsgemäß im Winter höher ist als im Sommer.

Die Verfechter der These vom menschengemachten Klimawandel wird man mit einem
solchen Argument aber nicht überzeugen
können. Denn deren Sorge besteht ja gerade darin, dass bei ungebremstem Fortgang
der gegenwärtigen Entwicklung eine Überhitzung der Außenluft drohe, die ihrerseits für
die individuelle Gesundheit, aber auch für das
Gleichgewicht der Natur im Ganzen immer
gefährlicher werde. Jene Verfechter werden
von dem Antrieb geleitet, den Planeten nicht
nur in der Gegenwart, sondern auch und gerade in der Zukunft so zu erhalten, dass darauf
lebenswertes Leben möglich ist.

c) Wissenschaftlicher Konsens

Kaum besser ist es allerdings um so manchen Gedanken der Verfechter bestellt. Besonders aufhorchen lässt die Aussage, die Wissenschaft sei sich – sei es zur Gänze, sei es zu 99 Prozent, zu 97 Prozent oder zu einem ähnlich hohen Prozentsatz – einig, dass der Klimawandel vom Menschen erzeugt werde.

Ich bin selbst Wissenschaftler. Wenn ich lese, die Wissenschaft sei sich einig, sträuben sich mir die Nackenhaare. Wissenschaft lebt vom Streit ihrer Akteure. »99 Prozent der Wissenschaftler sind sich einig« hört sich für mich an wie »99 Prozent der Wissenschaftler sind nicht bereit, das bisher für richtig Gehaltene in Frage zu stellen«. Dann haben eben diese 99 Prozent aufgehört, Wissenschaftler zu sein. Denn der Antrieb des Wissenschaftlers ist der Zweifel. In den Worten von Karl Valentin: »Wo alle dasselbe denken, wird nicht viel gedacht.«

Wenn man so will, ist Wissenschaft der Stand des Niveaus, auf dem wir Menschen keine Ahnung haben. Nur zur Erinnerung: Die Wissenschaftler waren sich früher auch mal einig, dass die Sonne sich um die Erde drehe. Wer versuchte, dieses vermeintliche Dogma in Frage zu stellen, endete nicht selten auf dem Scheiterhaufen. Besser kann man nicht illustrieren, dass Konsens in der Wissenschaft in Wirklichkeit Stillstand der Erkenntnis bedeutet.

Die Annahme »99 Prozent der Wissenschaftler sind sich einig« ist außerdem unseriös, solange nicht präzise beschrieben wird, auf welche Thesen sich dieser angebliche Beinahe-Konsens bezieht. Davon wird noch zu handeln sein (unten 2.). Es könnte für die Annäherung an die Wahrheit hilfreich sein, die einzelnen Komponenten der Hypothese vom menschengemachten Klimawandel zu benennen und zu hinterfragen.

d) Anekdotische Evidenz

Am 2. Dezember 2023 im *ZDF-Heute-Journal* wurde über die Neuschnee-Massen berichtet, die an diesem Tag in München vom Himmel gefallen waren. Die Moderatorin erinnerte daran, dass das, was bei Minusgraden starker Schneefall sei, bei Plusgraden als starker Regen falle, und stellte eine Verbindung zum Klimawandel her.

Die darin zum Ausdruck kommende Denkfigur ist ebenso primitiv wie gefährlich. Primitiv deshalb, weil Korrelation niemals Kausalität bedeutet. Wenn in einer Region zeitgleich mehr Klapperstörche gesichtet werden und mehr Kinder geboren werden, bedeutet das nicht, dass das Letzteres auf Ersterem beruht. Die These »Es regnet viel, das ist ein Beweis für den Klimawandel« ist also schon in sich unschlüssig. Und sie wird noch unschlüssiger, wenn man bedenkt, dass das aktuelle Wetter nur ein Punkt, eine Momentaufnahme ist, das Klima aber einen längerfristigen Trend ausdrücken will: Aus einer Momentaufnahme kann man schlechterdings nicht auf eine bestimmte Entwicklung schließen.

Gefährlich deshalb, weil ihr ein besonderes Verführungspotential innewohnt: Da das aktuelle Wetter für jedermann sichtbar ist, wird die Illusion greifbarer Evidenz suggeriert.

In der Logik eines solchen Gedankengangs sind die angeblichen Beweisindizien beliebig austauschbar: Wenn es heiß ist, ist es der Klimawandel. Wenn es kalt ist, ist es der Klimawandel. Wenn es viel regnet, ist es der Klimawandel. Wenn es trocken ist, ist es der Klimawandel. Auf dieser Austauschbarkeit bauen Berichte wie zum Beispiel in der *ARD-Tagesschau* auf (vom 4. Dezember 2023: »Warum Schnee die Klimaerwärmung nicht widerlegt«), wo der Leser im Angesicht der Neuschneemassen eilig darüber belehrt wird, dass der Klimawandel starke Schneefälle sogar befeuern könnte.

2. Die einzelnen Komponenten der Klimawandelhypothese

a) Messung der Temperaturentwicklung

Das A und O einer schlüssigen Erklärung der Klimaentwicklung ist die Erhebung und Verwendung belastbarer Daten. Die erste Frage, die es zu stellen gilt, lautet daher: Wird es auf der Erde aktuell im Durchschnitt tatsächlich wärmer? Mit welchen Methoden und an welchen Punkten der Erde wird das gemessen? Spielt es eine Rolle, dass zahlreiche Messstationen sich mittlerweile in städtischem Gebiet befinden, wo es traditionell im Schnitt wärmer ist als in ländlichen Regionen?

Dieses Problem adressiert ein Bericht bei reitschuster.de (vom 14. September 2023: »Neue Erkenntnisse zu Ursachen der globalen Erwärmung«). Danach befindet sich die Mehrzahl der Messpunkte mittlerweile in städtischer und damit tendenziell wärmerer Umgebung. Selbstverständlich ist damit nicht ausgeschlossen, dass es auf der Erde aktuell tatsächlich in der Tendenz wärmer wird. Aber wir müssen die Möglichkeit einkalkulieren, dass es bei den Messergebnissen Verzerrungen gibt.

b) Korrelation von CO₂-Anstieg und Temperaturanstieg?

Die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel fußt auf der Prämisse, dass es auf der Erde deshalb wärmer werde, weil die Menschen mehr CO₂ in die Luft ausstießen. Schlüssig ist diese Beweisführung nur dann, wenn *erst* die Menge an CO₂ und *danach* die Temperatur der Außenluft ansteigt.

Markus Fiedler hat indes – in einem zweiteiligen, auch in voller Länge äußerst lesenswerten – Beitrag (apolut.net vom 9./10. Januar 2023, »Das nicht passende Klimapanikpuzzle«) auf Studienergebnisse hingewiesen, die auf das glatte Gegenteil hindeuten: Danach sollen sich zunächst die Temperaturänderungen und erst anschließend die CO₂-Änderungen vollzogen haben. Und die CO₂-Menge in der Außenluft soll schon im vorindustriellen Zeitalter deutlich höher gewesen sein als heute. Derartige Forschungsergebnisse dürfen aus dem Diskurs nicht ausgeblendet werden.

Es erscheint schon fragwürig, die (angebliche oder tatsächliche) Veränderung der Erdtemperatur monokausal auf die Veränderung eines einzelnen Faktors zurückzuführen. Wenn aber noch nicht einmal diese Veränderung bewiesen werden kann, schwächt das die Argumentationsbasis merklich.

In jenem Beitrag von Markus Fiedler wird übrigens bestätigt, dass das menschengemachte CO₂ gerade einmal 4 Prozent der Gesamtmenge an CO₂ in der Luft ausmacht. Dieser Befund macht es den Verfechtern der Klimawandelhypothese schwer, die Kausalität des anthropogenen CO₂-Eintrags für die Entwicklung der Lufttemperaturen auf der Erde zu beweisen. Und die Beweisführung wird nicht dadurch leichter, dass der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre ganze 0,04 Prozent beträgt.

c) Historische Temperaturschwankungen

Nehmen wir einmal an, dass es auf der Erde derzeit tatsächlich wärmer wird, so stellt sich sogleich die Folgefrage: Müssen wir uns deswegen Sorgen machen? War es vielleicht früher schon einmal wärmer auf der Erde, ohne dass deswegen das Leben auf diesem Planeten ausgelöscht worden wäre?

Was he Klimav

Eine DW-Bestandsaufnal



»Alle reden vom Wetter. Wir nicht.« Das war der Titel einer einflussreichen Werbeka Die hier dargestellte Malerei ist von Maurice de Vlaminck (1876 Paris - 1958 Rueil-l

Laut der Graphik auf der zitierten Internetseite des Deutschen Wetterdienstes (»Klimawandel – ein Überblick«) ist die globale Durchschnittstemperatur seit 1881 in der Tendenz – mit einzelnen Ausreißern – kontinuierlich angestiegen. Und was war vor 1881? Dies auszublenden ist in meinen Augen grob unwissenschaftlich.

Was ist zum Beispiel von einer Studie zu halten, die anhand von Eisbohrkernen aus dem Permafrost in Grönland auf die Temperaturen der letzten 120.000 Jahre schließt und zu dem Ergebnis kommt, dass es vor 1.000 Jahren durchschnittlich 1,5 Grad und vor 4.000 Jahren sogar um durchschnittlich 2,5 Grad wärmer war als heute? Darüber berichtete *reitschuster.de* (vom 9. Mai 2023: »Ketzerische Forschung: Früher war es auf der Erde viel wärmer«). Findet darüber überhaupt ein Diskurs statt?

eißt eigentlich »den vandel leugnen«?

hme | Von Prof. Dr. Martin Schwab



mpagne der Deutschen Bundesbahn im Jahr 1966. Der Slogan wurde mehrfach abgewandelt, darunter vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). a-Gadelière): »Überschwemmtes Dorf«, Aquarell, Tusche und Gouache auf Papier. Im Original 47 x 56 cm, hier in SW. Foto: CC/Museum Barberini

d) Der Meeresspiegel

Die deutsche Klimawandeldiskussion nahm ihren Ausgangspunkt in einer Titel-Story in *Der Spiegel* vom 10. August 1986 (»Das Weltklima gerät aus den Fugen«). Das Titelbild suggerierte die Befürchtung, dass eines Tages von ganz Köln nur die Türme und der obere Baukörper des Doms oberhalb der Wasseroberfläche zu sehen sein könnten. Trifft es also zu, dass der Meeresspiegel ansteigt? Mit welchen Methoden und an welchen Punkten der Erde wird das gemessen?

Bei einer Vorstellung von Kandidaten zur Bundestagswahl im September 2021 in Sachsen-Anhalt äußerte der Kandidat der Grünen, die Altmark (Region Stendal/Osterburg/Salzwedel) werde in wenigen Jahren eine Wüste sein, wenn der Klimawandel nicht gestoppt werde (Ironie des Schicksals: Als die Veranstaltung zu Ende war, begann es in Strömen zu regnen). Das Horrorszenario hatte sich gleichsam unbemerkt gewandelt: von extremen Wassermassen zu extremer Dürre. Wie wirkt sich das auf die Glaubhaftigkeit der Klimawandelhypothese aus?

e) Die Polkappen

Die Sorge um einen Anstieg des Meeresspiegels wurzelte nicht zuletzt in der Befürchtung, dass die Polkappen abschmelzen. Trifft dies zu? Was ist von einer Studie zu halten, wonach der Eisschild in der Antarktis zwischen 2009 und 2019 um insgesamt 5.300 Quadratkilometer gewachsen ist? *Reitschuster.de* (vom 8. Juni 2023: »Forscher zerlegen Panikmache vom Eisfrei-Mythos an den Polen«) berichtete hierüber. Was sagen

die 99-Prozent-Konsens-Wissenschaftler zu so einem Forschungsergebnis?

f) CO₂ als Nahrungsmittel für Pflanzen

Wir alle haben gelernt, dass Pflanzen sich von Wasser und Kohlendioxid ernähren. Sind die Pflanzen also in der Lage, das erhöhte Aufkommen an Kohlendioxid zu kompensieren? Kann es vielleicht sogar sein, dass ein erhöhter Ausstoß an Kohlendioxid zu mehr Nahrungsangebot für die Pflanzen und damit sogar zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die Pflanzen führt? Ein Bericht in *report24* (vom 25. Juni 2023: »Wir leben in kalten Zeiten – Diese Wahrheit wollen die Globalisten zensieren!«) deutet eben dies an.

Der Zusammenhang zwischen dem Kohlendioxid und der Ernährungsweise von Pflanzen fördert freilich die Erkenntnis zutage, dass die oben (unter 2.c) zitierte Internetseite des Deutschen Wetterdienstes zwei andere Aspekte völlig zu Recht adressiert: die Abholzung von Wäldern und die Versiegelung von Böden. Wir Menschen sollten tunlichst darauf achten, unsere Wälder zu erhalten! Wenn ich dann im Magazin Focus (vom 4. Mai 2023: »Für Solarpark in Brandenburg sollen 370 Hektar Wald gefällt werden«) lese, dass in Brandenburg 370 Hektar Wald gefällt werden sollen, um dort einen Solarpark zu errichten, kann ich über ein solches Vorhaben nur mit dem Kopf schütteln. Das ist kein Klimaschutz. Das ist Ideologie.

g) Andere Klimagase

Wenn Kohlendioxid also vielleicht gar nicht so sehr unser Problem ist: Gibt es andere dem Menschen zurechenbare Faktoren, die das Klima beeinflussen? Ja, es gibt sie: Schwefelhexafluorid in Windkraftanlagen. Die *Tagesschau* (vom 18. August 2022: »Klimakiller in Windkraftanlagen«) berichtete darüber. Die ach so »grüne« Energie als Klimakiller.

3. Folgerungen

Es wäre wirklich hilfreich, wenn in der Klimadiskussion endlich jener echte Diskurs stattfände, den wir bei Corona so schmerzlich vermisst haben. Das ist nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine juristische Aufgabe. Denn die Grundrechtseinschränkungen, die mit Blick auf den Klimaschutz zur Debatte stehen, dürfen nicht auf unbewiesene Narrative gegründet werden. Es ist schlimm genug, dass eben dies bei Corona passiert ist. Beim Klima darf sich das nicht wiederholen.



Dr. Martin Schwab ist Rechtswissenschaftler und seit Oktober 2015 Professor an der Universität Bielefeld.



Das Letzte – von Auselm Lenz

SEHR GEEHRTE DAMEN, NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN, HALLO KINDER!

Unsere Rettungs- und Entwicklungskampagne für diese Wochenzeitung läuft. In er ersten Hälfte des Monats Dezember haben wir fast ein Drittel der notwendigen neuen oder verschenkten Jahresabonnements erreicht – danke! Der Zwischenstand lässt hoffen, dass wir das Minimum von 1.000 neuen Jahresabonnements bis 29. Dezember noch erreichen können. Zum Jahresende entscheiden dann Hendrik Sodenkamp und ich gemeinsam mit unseren Kollegen (w/m), wie wir im Jahr 2024 weiter aufbauen.

Derzeit sieht es recht gut aus, dass es weiterhin gewünscht ist, dass wir unsere Arbeitskraft in die gedruckte wöchentliche Zeitung der Demokratiebewegung stecken. Für uns ist es wirtschaftlich sicherlich nicht die lukrativste Option. Wir könnten 2024 ganz einfach in den Wahlkampf gehen und für die hochbezahlten Mandate für uns selbst oder andere Kandidaten kämpfen. Genau das aber wäre eine Abkehr von unserem Prinzip der Überparteilichkeit.

Demokratischer Widerstand UMFRAGE

Soll es den DW auch 2024 als gedruckte Wochenzeitung geben? – Die Zeitung der Demokratiebewegung sammelt derzeit mindestens 1.000 neue/ erneuerte/ verschenkte Jahresabos bis 29.12. ein. Ein Viertel ist erreicht, 15 Tage bleiben. Schaffen wir das? Anonyme Umfrage

75% JA, das schafft Ihr, das schaffen wir – wir wollen die wöchentliche gedruckte Zeitung!

15% NEIN, die gedruckte Zeitung ist so nicht mehr möglich, bereitet lieber alternative Formen vor!

10% VIELLEICHT ist es möglich, aber die Kampagne hat zuwenig Unterstützung oder ist zu schlecht gemacht!

Fotos: Bildschirmfotos

Am besten und einfachsten zu verarbeiten wäre es für uns, wenn Sie via DemokratischerWiderstand. de/ABO ein Jahresabonnement abschlössen, das sich auch ganz einfach verschenken lässt, indem Sie die Adresse des Empfängers eintragen. Selbstverständlich sollte Ihr Beschenkter von seinem Glück wissen und nichts dagegen haben.

Auch möglich ist natürlich, uns mit Aufbauspenden zu bedenken. Bei uns geht jeder Euro in Arbeit, Mensch, Druckmaschinen, Versand und Verteilung: Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag. IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64. BIC: WELA-DED1UMP. Verwendungszweck: Crowdfunding.

Mit allen Grüßen, Anselm Lenz

Sportfotograf für Aufklärung der Spritzenmorde

Eine Buchbesprechung | Von Rainer Rupp

s ist den über Tausend Sportlern gewidmet, die nach der MRNA-Spritze »plötzlich und unerwartet« gestorben sind, aber vor der Spitze topfit und kerngesund waren. Der Sportphotograph Thomas Schreyer hat ein ungewöhnliches, ein hervorragendes Sportbuch vorgelegt.

Im Vordergrund stehen im Band »Sport 2023 – Zurück zur Normalität« einfühlsame und hochwertige Sportlerporträts der besten Photographen. Dazu kommen weltbekannte Sportler wie Novak Djokovic zu Wort, dazu der in Fachkreisen bekannte Virenforscher Prof. Dr. Sucharit Bakhdi und kritische Journalisten wie Anselm Lenz. Dazu der Arzt Dr. Bodo Schiffmann oder der Publizist Daniel Ganser, Menschen, die mit dazu beigetragen haben, die Desinformationen oder gar faustdicken Lügen und Propaganda der gleichgeschalteten *Mainstream*»Qualitätsmedien« aufzudecken.

Unter anderem kommt in dem Band auch der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse zu Wort. Der schon recht früh eine 300-seitige Strafanzeige wegen der Zulassung der MRNA-Genspritze gegen Swissmedic eingereicht. Aber wie alle, die das Corona Verbrechen aufklären wollten, wurde er entsprechend diskreditiert und weg-diffamiert. In seinem Buchbeitrag heißt es u. a., dass die als MRNA-Spritzer fungierenden Ärzte als Minimalinformation ihren Patienten zur Kenntnis hätten bringen müssen, »dass es bei dieser besonderen Technologie völlig unklar ist, wo in seinem Körper diese (giftigen) Proteine, diese Spike-Proteine produziert werden, wie lange sie produziert werden, in welcher Qualität und in welcher Quantität sie produziert werden. «

»PLÖTZLICH UND UNERWARTET«

Das Buch ist den mindestens 1.200 getöteten Sportlern gewidmet, die zum Zeitpunkt

Pool let 2001 korra pecanode
Transvert solica folianis surarie van
RIM Gazea, Aller de Bourk au and
Salha Ugar (Piter Timos Rech) in de
and Redistals haterpapiliere.
Met di sich van den Nationberren in
Ningst das ett de tom hate an Troyd
und kingst und the banke
Cherleben.

Bis zur Spritze war sie kerngesund: Die Turnerin Selin Islami wurde von Bill Gates, Alfred Bourla und Sahin Ugur in den Rollstuhl katapultiert.

des Redaktionsschlusses meist »plötzlich und unerwartet« von uns gegangen sind, und die vor der Spitze kerngesund waren. Im Buch gibt es eine unvollständige Liste der bekanntesten Namen. Eine aktualisierte vollständige Liste findet man z. B. im Web unter Plötzlich-und-unerwartet.net. Im Buch selbst gibt es einen Beitrag zum Thema. Demnach gab es in den Jahren 2016 bis 2020 bei Leistungssportlern lediglich 9 plötzliche Todesfälle. Bereits im Jahr 2021 gab es mehr als 500 Fälle (DW berichtete kontinuierlich in jeder Ausgabe).

Als Post Scriptum zum Thema heißt es im Buch: »Sämtliche Todesfälle haben natürlich gar nichts mit den Injektionen zu tun zumindest, wenn es nach sogenannten Faktencheckern geht, die von denen, die an der Operation Corona Milliarden US Dollar scheffeln, bezahlt werden und die Aufgabe

haben, Fakten im Sinne Ihrer Auftraggeber (unter anderem Poynter Institut, finanziert von Google, Bill Gates und George Soros) zu verdrehen und Wissenschaftler, die nicht mitmachen, zu diskreditieren. Mit ihren Faktenchecks sind sie oft schneller als der letzte Atemzug eines Gespritzten.«

Für Menschen, die heute schon wieder mit Gesichtswindel herumlaufen, dürfte das Buch als Geschenk denkbar ungeeignet sein. Bei Menschen, die gemerkt haben, dass da was nicht stimmt, ist es etwas anderes. Menschen, die gleich zu Beginn oder kurz danach den gigantischen finanziellen Plandemie-Betrug durchschaut haben, der auf engste verbunden war mit dem staatlichen Probelauf zur Aufhebung der bürgerlichen Grundrechte, werden mit dem Buch – genau wie ich – ihre Freude haben.

Autor und Verlag haben keine Mittel, das Hardcover-Buch mit 164 Seiten groß zu bewerben, deshalb weisen wir hier im DW gerne solidarisch genau darauf hin. Mit der ISBN-Nummer kann man es in jeder Buchhandlung bestellen, aber am schnellsten ist der Bezug übers Internet direkt beim Verlag: www.sports-2book.de, ISBN: 9-783000-75445-6, die Postadresse: Verlag Schreyer Fotoagentur, D-91327 Gößweinstein.

ZWISCHEN AUFBRUCH & ZAUDERN

DIE UNAUTORISIERTE BIOGRAFIE VON HANS M. FEHER



Die Republik in Aufruhr: Sahra Wagenknecht gibt der Linkspartei den Todesstoß und tritt mit einer neuen Kraft zu den Wahlen an.

Bringt sie den Sozialismus zurück – oder bietet sie sich der AfD zur Kooperation an? Wer wissen will, wohin Sahra Wagenknecht geht, muss im Blick haben, woher sie kommt. Diese – unautorisierte – Biografie zeichnet ihre Wege nach … und ihre Abwege.



unser bitcoin spenden-QR-code zum scannen Him Da! KULTURKALENDER

3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



Die rote
Linie
sind wir.

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 158. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 74 vom 24. Dezember 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo

17.12.2023 • Weitersburg; Landgut Wüstenhof, Wüstenhof 1, 56191 Weitersburg bei Koblenz • VORTRAG/FEIER • »Zwischen den Zeilen lesen« von Andreas Peter (Kontrafunk Journalist) • 17:00 Uhr − 22:00 Uhr • Tickets ab 25€ unter *krasser.guru*

27.12.2023 • Zingst; Max-Hünten Haus, Schulstr. 3, 18374 Zingst • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter *kabarett-musik.de*

18.01.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »El derecho de vivir« Lieder von Victor Jara 50 Jahre nach seinem Tod dargeboten von Alejandro Soto Lacoste und Ernesto Villalobos • 19:00 Uhr • Eintrit frei. Spenden erbeten

26.01.2024 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstrasse 68, 50674 Köln • KONZERT/ LESUNG • »Partners in Crime« von und mit Alexa Rodrian und Jens Fischer Rodrian • 20:00 Uhr - 22:00 Uhr • Tickets: ab 18€ unter *krasser.guru*

11.02.2024 • Herrenberg; Stadt halle, Seestr.29, 71083 Herren berg • PARTY • »Faschings-Sonntag« mit Künstlern für Frieden und Freiheit: Alien's best friend, Ludger K., ÄON, Kilez More und andere • ab 14:00 Uhr • Tickets: 30€ unter krasser.guru

17.02.2024 • Jesteburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266
Jesteburg • KABARETT • »Lügen
und andere Wahrheiten« von und
mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets
unter kabarett-musik.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über https://nichtohneuns.de

Feuilleton

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich. Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN Bildmontagen Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST. Anonym Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens Dr. Werner Köhne Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur Schwarzbuch Corona Band II Sven Magnus Hanefeld Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE. Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.) Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg) Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des
Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara
Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp &
Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-TIEBEWEGUNG 2020/21 Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-TIEBEWEGUNG 2021/22 Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-4-6



WEG MIT DEN TV-MILLIONÄREN

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Deutschland diskutiert wieder über den Rundfunkbeitrag. 58 Cent mehr: Ist das genug, zu wenig oder vollkommen unanständig? Eigentlich müssten wir über Inhalte und Strukturen reden. Das mit dem Geld regelt sich dann von ganz allein.

Eine kleine Meldung aus den letzten Tagen: Frank Plasberg mag Louis Klamroth nicht. Für alle, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht mögen und deshalb beide nicht kennen: Klamroth hat Plasberg abgelöst als Moderator einer *Talkshow* im *Ersten*. Und, das ist der Grund für Plasbergs Ärger: Der Neue hat seine eigenen Leute mitgebracht. Redaktion, Kamera, Ton und so weiter. Komplett ausgewechselt.

Der Gewerkschafter in mir fühlt mit Plasberg, der als Firmenchef für Menschen kämpft, die auf ihn bauen. Der Beitragszahler aber sagt: Wie kann das sein? Wie ist es möglich, dass die Anstalten solche Sendungen nicht selbst produzieren, sondern an Unternehmen auslagern, die Gewinn machen müssen, weil sie sonst keine Unternehmen wären? Die also unsere Beiträge in private Taschen füllen? Du bist naiv, lieber Michael, würden die Anwälte von Plasberg und Klamroth vermutlich sagen. Unsere Mandanten sind es einfach wert. Die lassen sich nicht mit Tarifgehältern abspeisen.

Die Firma von Caren Miosga, verkünden die Anstalten gerade stolz, bekommt nur 5,8 Millionen Euro im Jahr und damit anderthalb Millionen weniger als Vorgängerin Anne Will. Gegenleistung: 30 Sendungen. Ich muss hier nicht vorrechnen, was uns jede Sonntags-Quasselstunde kostet. Ich will auch keinen Neid schüren auf eine Moderatorin, die pro Auftritt 19.000 Euro kassiert, und gönne den 70 Leuten ihre Jobs, die Caren Miosga beleuchten, beschützen, briefen. Die Frage bleibt trotzdem: Warum machen das die Sender nicht selbst – mit dem Personal, das sie ohnehin bezahlen?

Ich weiß, was ein *Apolut*-Gespräch kostet und dass Jens Lehrich seinen *FairTalk* für eine kleine fünfstellige Summe produziert. Tolle Formate, auch technischästhetisch. Darüber sollten Beitragsvolk, Landtage und Ministerpräsidenten reden: Was wollen wir wirklich sehen, wen lassen wir das machen und was darf das am Ende kosten? Die 58 Cent sind eine Nebelkerze, die von dem ablenkt, was wirklich wichtig ist.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



VORSÄTZLICHES UND FAHRLÄSSIGES

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. Günther Riedl

Im Strafrecht handelt es sich um Vorsatz, wenn jemand einen Straftatbestand willentlich verwirklichen möchte. Außer vorsätzlichem Handeln kann auch Fahrlässigkeit bereits strafbar sein.

Es gibt aber auch gute Vorsätze. Haben Sie schon solche fürs neue Jahr gefasst? Wie Sie die Augen verdrehen, das kann ich fast sehen – und kann es verstehen. Gute Vorsätze haben eine geringe Halbwertszeit, man sagt sogar, der Weg zur Hölle sei damit gepflastert. Wäre es dann fahrlässig, überhaupt welche zu fassen? Ja, soll denn alles – und wir mit – beim Alten bleiben? Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: »Sie haben sich gar nicht verändert.« – »Oh!«, sagte Herr K. – und erbleichte. (Bertolt Brecht)

Das Problem mit Vorsätzen ist: Sie sollen irgendwann künftig realisiert werden. Aber alles, was nicht sogleich unternommen wird, ist nicht ernst gemeint. Jeder kennt Loriots Sketch »Das Ei ist hart.« Am

Ende sagt der Mann: »Ich bringe sie um. Morgen bringe ich sie um.« Ist das nicht schockierend? Nein, ist es nicht. Weil er es auf morgen verschiebt, wird er es nie tun. Sind Sie auch so ein »Morgenmensch«? Also, wenn Sie es ernst meinen – was soll sich ab heute ändern? Weihnachtliches Beispiel: Bringen Sie die Feiertage irgendwie streitfrei rum oder versöhnen Sie sich endlich? Ersparen Sie sich und anderen, dass Unverarbeitetes nur neu übertüncht wird?

Advent bedeutet Ankunft. Jesus kommt im Advent und geht nach Weihnachten wieder – oder? Ob jemand kommt, um zu bleiben oder um wieder zu gehen, hängt davon ab: Ist er nur angekommen – oder wird er auch angenommen? Hören Sie die Worte des Kommenden (Offenbarung 3,20): »Siehe, ich stehe vor der Tür und klopfe an. Wenn jemand meine Stimme hört und die Tür auftut, so will ich zu ihm kommen und Gemeinschaft mit ihm haben.« Ihre Antwort könnten die Worte aus einem Adventslied sein: »Richte du auch eine Bahn dir in meinem Herzen an.«

Wenn Sie ernstmachen wollen mit dem Glauben an Jesus, dann tun sie es heute – mit Vorsatz. »Heute, wenn ihr seine Stimme hört, verhärtet eure Herzen nicht!« (Hebräer 3,15). Wäre es nicht fahrlässig, das auf die lange Bank zu schieben?

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 Öffentlichkeitsarbeiter gegen den Strom. Autor der Broschüre Ȇberwindung der Covid-Folgen«, PDF und Bestellung: https://christen-imwiderstand.de/a6-ratgeber/



SPORT MIT BERTHOLD

INVESTITIONEN STATT STILLSTAND

Eine knappe Mehrheit der 36 Erst- und Zweitligisten in Deutschland hat beschlossen, dass die DFL sich einen Investor ins Boot holen darf. Das gab der DFL am Montag bekannt.

Nach meinem Kenntnisstand ist noch nicht entschieden, wer der neue Liga-Sponsor sein wird. Laufzeit zwanzig Jahre, Gesamtvolumen eine Milliarde Euro. Die wichtigste Frage aber bleibt, welche Verzinsung der Investor erhält beziehungsweise welche Rechte er für das Geld bekommt? Was geschieht, wenn die DFL die Ziele nicht erreicht? Kann der Investor personelle Veränderungen herbeiführen? - Bis das alles geklärt ist, dürfte noch Zeit vergehen. Soweit ich gehört habe, wird der größte Teil in Infrastruktur, besonders digitale Infrastruktur, gesteckt. In den meisten Stadien funktioniert ja nicht einmal das WLAN. Das sind im Vergleich zur englischen Premier League »Peanuts«, Erdnüsschen. Die würden einen vergleichbaren Vertrag nie abschließen.

HEISST UNSERE LIGA BALD LNG-TERMINAL-LIGA?

Man muss bedenken, dass die Premier League zwar mehr TV-Rechte verkauft hat, aber noch Samstagsspiele im *Free-TV* zu sehen sind. Auch Player wie DAZN und Amazon Prime sind in England noch außen vor. Daher macht es auch für mich keinen Sinn, auf die Premier League zu schauen, die sind zu weit weg – anderer Markt, andere Kultur. Bis in die Nullerjahre galten die Fußball-Ligen in Spanien, Italien und Deutschland als weltführend, dann kam England groß auf, dies aber auch zum Preis des totalen Ausverkaufs der Clubs, wie viele meinen.

Die Kluft zwischen den Vereinen, die in der Champions League spielen und dem Rest wird auch in der Bundesliga immer größer. Diese Kapitallücke kann durch die üblichen Einnahmemöglichkeiten nicht mehr geschlossen werden. In England und Italien gehören viele Vereine internationalen Investoren. Clubs wie Chelsea hätten ohne Investor nie die Champions League gewonnen.

Die Premier League hat aber ihren Namen nicht verkauft, für die Bundesliga steht das nun ins Haus. Eins ist auch klar: Die Fans wollen, dass ihr Verein gewinnt, am besten einen Titel. Auch der Profifußball wird vom Kapital regiert. Investitionen führen in der Regel zu Veränderungen, was ja grundsätzlich zu befürworten ist, wenn Investitionen mit Verstand getätigt werden. Stillstand bedeutet im Fußball nichts Gutes!

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. 3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmit-

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die

verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen

und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung

und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt wer

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann

und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Ge-

setz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die

Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen. (4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden. (5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden. (4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Er-kenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der

Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum und das Erdrecht werden gewanrieistet. Innalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15 Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

ATUKEI 10
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß e

einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Amanme begrunden, dan er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten siehersrechtlit sein mit 6. Zueifüngtwahre Anselvenung einschließlich der gegenenitzen Anselvenung

sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 8) und das tikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. (3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zu-

ständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung

sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Wider-

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag. **BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG** ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhän gige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES: **W**

Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15, EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten).

Bitte in DRUCKBÜCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	
TELEFON • E-MAIL	
STRASSE, HAUSNUMMER	
POSTLEITZAHL UND ORT	

DW-Zeitung Postfach 35 02 16 10211 Berlin